

Geraubte Kindheit

Schwerpunkt

Es gibt keine Kindheit in Gaza

Deutschland will weiter Waffen nach Israel liefern

Über 5000 Autoren*innen verweigern
Zusammenarbeit mit Besetzung



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeberin

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W.
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Jan-Günter Frenzel (Berlin)
Detlef Griesche (Bremen)
Anton-Günther Janßen (Berlin)
Ursula Mindermann (Telgte)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2024 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

„Homework in Ghaza“ aus der Ausstellung
‘We Stand With Gaza’ und Beitrag
für den UNRWA-Fotowettbewerb 2014 aus Gaza
FOTO // AYESH HAROUN

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 22 · November 2024



- 03 Nachrichten aus Palästina** // Alternativer Nobelpreis an Issa Amro / Apokalyptische Lage in Nord-Gaza / Bombardierung in Gaza / Yousef Abu Rabee verteilt Setzlinge / Arabischer Plan für Palästina / Dem Hungertod überlassen / 30 Lastwagen pro Tag / Krankenhaus-Alltag in Gaza / Verletzte Kinder / Menschliche Schutzschilder / Arundhati Roy bedenkt Palästina / Neues Schuljahr / Verbot der UN-Organisation UNRWA / Mädchen von Schule verwiesen / Zukunft für Neugeborene? / Ein Aktivist von „Abrahams Söhnen“ / Israel erteilt Gas-Abbaulizenzen in Palästina / Verwundetes Kind, keine überlebende Familie / Frauen 2024: Yael Admi und Reem Hajjare / Israelischer Plan für Nord-Gaza / Mahasen Al-Khatib / UN-Generalsekretär Guterres
- 06 Schwerpunkt: Geraubte Kindheit** // Es gibt keine Kindheit in Gaza
- 08 Schwerpunkt: Geraubte Kindheit** // Kindern in Gaza wird Bildung verwehrt
- 09 Schwerpunkt: Geraubte Kindheit** // Weinen kann ich erst, wenn ich von der Schule nach Hause komme
- 11 Internationales Recht** // Behinderung der internationalen Gerichtsverfahren gegen Israel
- 12 Deutsche und EU-Palästinapolitik** // Berliner Kultureinrichtung Oyoun vor dem Aus / Bundesregierung interveniert / Völkermord-Klage / Einreiseverbot war unrechtmäßig / AL-HAQ-Direktor erhält Schadenersatz / Waffenlieferungen aus der EU an Israel / EU-Einreiseverbot für gewalttätige Siedler / Vorschneller Antisemitismusvorwurf / Baerbock: „Zivile Orte können ihren Schutzstatus verlieren“ / Deutschland will weiter Waffen nach Israel liefern / UNO verlangt Ende der Besatzung
- 14 Kommentare** // Justiz schärft Gewissen für Menschenrechte – aber ist ohne Durchsetzungsgewalt / Warum Deutschland Palästina anerkennen muss
- 15 Auf ein Wort** // Die Wahl von Donald Trump verschafft Netanjahu Rückenwind und den Palästinenser*innen eine neue Enttäuschung
- 16 Aktivitäten** // Theaterprojekt in der Westbank / 50. Gaza-Demo in Bremen / Nachruf auf Dr. Gerhard Fulda / Wie Ihre Spenden verwendet wurden / Ausstellung „Skateboarden in Gaza“ / Bericht über die DPG-Tagung 2024
- 21 Kulturerbe** // Die Zerstörung des kulturellen Erbes in Gaza – Teil 2
- 24 UNRWA** // Die Eliminierung der palästinensischen Flüchtlingsfrage
- 26 Schwerpunkt: Geraubte Kindheit** // „Ich werde bis zum letzten Atemzug in meinem Krankenhaus bleiben“
- 28 Gefangene** // Zur Situation der palästinensischen Gefangenen
- 29 Weltweite Solidarität** // Zelt der Völker / Aufruf zu Waffenruhe und Ende der Straflosigkeit in Gaza, Israel und dem Libanon / Über 5000 Autoren*innen, Verleger*innen und in der Buchbranche Tätige verweigern Zusammenarbeit / Kein Kerosin für israelische Kampfflugzeuge / FIFA / Verbrechen gegen Journalist*innen aufklären / Keine Geschäfte mit Unternehmen, die Waffen an Israel liefern / Carrefour ist in völkerrechtswidrigen Siedlungen tätig / Deutschland verweigert verwundeten Kindern aus Gaza die Einreise / Menschenrechte nicht teilbar – keine Waffen liefern / Schiffstransporte von Waffenkomponenten / Jüdischer Nationalfonds hat palästinensisches Land in der Westbank / Klage gegen Bundesregierung wegen Waffenlieferungen / Wann wurde aus Krieg Genozid? / Universität beendet Partnerschaft / US-amerikanische Menschenrechtsaktivistin im Westjordanland getötet / Wichtige Datenbank / Lobbyarbeit der Europäischen Koordination der Komitees für Palästina
- 32 Medienempfehlungen** // Bücher / Film / Ausstellung / Instagram
- 34 Der Konflikt auf einen Blick**
- 35 Poesie** // „Meine Freiheit“ von Fadwa Tukan
- 36 Kunst** // „Wir sind die Vergangenheit und die Zukunft“ von Mahdi Baraghithi

Liebe Leser*innen,

das vorliegende Palästina Journal richtet den Blick auf die palästinensischen Kinder in Gaza. Sie erleben eine Kindheit ohne Schutz. Wir trauern mit ihnen und wünschen ihnen von Herzen Zuversicht und Resilienz. In dieser Ausgabe blicken wir aber auch auf das Stärkende, auf die weltweite Solidarität für Palästina und zeigen Beispiele wo man sich engagieren kann.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

ALTERNATIVER NOBELPREIS AN ISSA AMRO

Issa Amro aus Hebron/Westjordanland und seine Organisation „Youth Against Settlement“ sind in diesem Jahr einer der vier Preisträger des „Right Livelihood Award“, auch „Alternativer Nobelpreis“ genannt. Der palästinensische Menschenrechtsverteidiger habe **„Inhaftierungen, Folter und Angriffen zum Trotz, sein Leben dem gewaltfreien Widerstand gegen die israelische Besetzung verschrieben“**, erklärte die schwedische Stiftung. Ebenfalls ausgezeichnet wurde die britische Organisation „Forensic Architecture“, die mit digitalen Methoden Menschenrechtsverbrechen untersucht, wie zu Genozid und Gaza. <https://forensic-architecture.org/investigation/a-cartography-of-genocide>

APOKALYPTISCHE LAGE IN NORD-GAZA

Die Menschen im Norden Gazas leiden infolge israelischer Angriffe entsetzliche Not. 15 UN-Organisationen und Oxfam warnen in einem gemeinsamen Statement vom 1. November 2024: **„Die Lage ist apokalyptisch.“** Israels Armee hat dort Anfang Oktober eine neue Bodenoffensive gestartet: **„Die gesamte palästinensische Bevölkerung in Nord-Gaza ist akut vom Tod durch Krankheit, Hunger und Gewalt bedroht. Die Region ist seit fast einem Monat unter Belagerungszustand. Der Bevölkerung werden selbst rudimentäre Unterstützung und überlebenswichtige Versorgungsgüter verwehrt, während die Bombardierungen und andere Angriffe anhalten. Allein in den vergangenen Tagen sind mehrere Hundert Palästinenser getötet worden – und die meisten von ihnen sind Frauen und Kinder.“**

BOMBARDIERUNG IN GAZA

Die Bombardierung eines fünfstöckigen Wohnhauses in Beit Lahia durch israelische Flugzeuge am Morgen des 29. Oktober 2024 ist von „EuroMed Monitor“ dokumentiert worden: Das Gebäude der Familie Nasr beherbergte etwa 200 aus dem Flüchtlingslager Jabalia und anderen Vierteln im nördlichen Gazastreifen, vertriebene Zivilist*innen, deren Unterkünfte zuvor von den israelischen Streitkräften beschossen worden waren. Vorläufigen Berichten zufolge setzte die Besatzungsarmee eine 908 Kilogramm schwere amerikanische MK-84-Bombe gegen das Wohnhaus ein. Die Leichen von etwa 93 Opfern wurden von Nachbarn geborgen, Dutzende sind noch vermisst und stecken unter den Trümmern fest.

YOUSEF ABU RABEE VERTEILT SETZLINGE

Der Palästinenser Yousef Abu Rabee versuchte der Hungersnot in Gaza etwas entgegen zu setzen. Trotz der Zerstörung des landwirtschaftlichen Betriebes seiner Familie in Beit Lahia, einschließlich seines hydroponischen Gewächshauses *[Hydroponik-Systeme versorgen die Pflanzen automatisch mit Wasser, Sauerstoff und Nährstoffen, Anm.]*, das sein persönliches Experiment war, ließ Yousef nicht locker. An der Seite seines Bruders gelang es ihm im nördlichen Gazastreifen, inmitten der Ruinen und der Blockade, Gemüse anzubauen. Mehr noch – er verteilte Setzlinge an seine Mitmenschen und unterrichtete sie darin, diese zu kultivieren und zu pflegen. Seine Felder wurden im Rahmen der systematischen Angriffe Israels auf landwirtschaftliche Flächen zweimal bombardiert. Yousef Abu Rabee überlebte den ersten Angriff, nicht jedoch den zweiten. Er wurde am 21. Oktober 2024 im Alter von 24 Jahren getötet.



ARABISCHER PLAN FÜR PALÄSTINA

Die arabischen Länder seien **„bereit, die Sicherheit Israels zu garantieren“**, wenn Israel seine Besetzung beende und ein palästinensischer Staat gegründet werde, sagte der jordanische Außenminister Ayman Safadi auf einer Pressekonferenz am Rande der UN-Generalversammlung im September in New York. **„Wir alle hier in der arabischen Welt wollen einen Frieden, in dem Israel in Frieden und Sicherheit lebt und von allen arabischen Ländern akzeptiert und normalisiert wird, und zwar im Zusammenhang mit der Beendigung der Besetzung, dem Rückzug aus den arabischen Gebieten und dem Entstehen eines unabhängigen, souveränen palästinensischen Staates in den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt“**, betonte Safadi.

DEM HUNGERTOD ÜBERLASSEN

Der israelische Brigadegeneral Itzik Cohen erklärte zum ersten Mal offiziell im Namen der israelischen Regierung, dass man **„nicht die Absicht habe, den Bewohner*innen des nördlichen Gazastreifens die Rückkehr in ihre Häuser zu gestatten“**. Er fügte außerdem hinzu, dass humanitäre Hilfe **„regelmäßig“** in den Süden des Gebiets, nicht aber in den Norden gelassen werde, da es dort nun ja **„keine Zivilist*innen mehr“** gebe. Der britische Guardian berichtete am 6. November 2024 darüber.

30 LASTWAGEN PRO TAG

30 humanitäre Lastwagen haben die israelischen Behörden im Oktober im Durchschnitt täglich in den Gazastreifen gelassen, berichtet Philippe Lazzarini, UNRWA-Generalkommissar. Dies sei der niedrigste Stand seit langem und bringe die Hilfe auf das Niveau am Beginn des Krieges zurück. Das reiche nicht aus, um den Bedarf von über zwei Millionen Menschen zu decken, von denen viele hungern, krank sind und sich in einer verzweifelten Lage befinden. Dies entspreche nur sechs Prozent der Lieferungen (kommerziell und humanitär), die vor dem Krieg nach Gaza gelangten.

KRANKENHAUS-ALLTAG IN GAZA

Am 5. Juli berichtete „Ärzte ohne Grenzen“ (MSF) an die Vereinten Nationen, dass ihre Teams im Nasser-Krankenhaus mit medizinischen Notvorräten arbeiteten und alle Abteilungen mit Patient*innen überfüllt seien. Während die Kinder-Abteilung über 56 Betten verfügt, wurden allein am 3. Juli 100 Verletzte aufgenommen, so dass Kinder in Ermangelung von Matratzen auf dem Fußboden liegen mussten. Der MSF-Vertreter beschrieb die Situation als nahezu ausweglos, da sich die Patient*innen auf den Fluren befanden, auf Decken liegend und auf Treppen sitzend, und medizinisches Personal, gezwungen sei, Nägel in die Wände zu schlagen, um die von den Patient*innen benötigten Infusionen aufzuhängen. Nach Angaben der Organisation war es ihr seit Ende April nicht mehr möglich, medizinische Hilfsgüter nach Gaza zu bringen. Zuletzt hatten die israelischen Behörden am 3. Juli Lastwagen mit medizinischen Hilfsgütern die Einfahrt in den Gazastreifen verweigert.

VERLETZTE KINDER

Wie die Vereinten Nationen am 25. Oktober 2024 erklärten, lassen die israelischen Behörden nach der Schließung des Grenzübergangs Rafah vor sechs Monaten immer weniger Kinder für eine medizinische Evakuierung aus Gaza heraus. Die UNO schätzt, dass derzeit etwa 14 000 Patient*innen, darunter 2 500 Kinder, dringend eine medizinische Evakuierung benötigen würden. In den vergangenen sechs Monaten wurden nur 237 Patient*innen medizinisch aus dem Gazastreifen evakuiert, davon waren 127 Kinder.

UNICEF-Sprecher James Elder beschrieb bei einem Briefing in Genf mehrere Fälle von Kindern mit schweren, lebensbedrohlichen Verletzungen, die auf Evakuierung warten. So beispielsweise der Fall der vierjährigen Elia, die bei einem israelischen Angriff Verbrennungen vierten Grades (d.h. eine irreversible Verkohlung des Gewebes bis auf den Knochen) erlitt und deren Bein amputiert werden musste. Eigentlich ein Fall für eine sofortige medizinische Evakuierung, ist Elia mittlerweile seit mehr als 50 Tagen im Krankenhaus. Aufgrund der nur unzureichenden Behandlungsmöglichkeiten mussten die Ärzte nun auch Finger ihrer rechten Hand amputieren. Viele Länder wären bereit, medizinische Fälle aus Gaza aufzunehmen und zu behandeln. Laut WHO befinden sich mindestens 2 500 palästinensische Kinder in derselben Situation wie Elia.

MENSCHLICHE SCHUTZSCHILDE

Die Organisation ehemaliger Soldat*innen „Breaking the Silence“ sammelt Berichte von Soldaten, die in ihrem Einsatz Palästinenser als menschliche Schutzschilde der israelischen Armee erlebten. Ein Soldat, der bei der Bodenoffensive in Gaza mit dabei war, gab der FAZ Auskunft, wie sie Gebäude für Gebäude freikämpfen und sichern mussten. **„Und dann, nach zwei Wochen, fingen wir an, die Häuser anzuzünden.“** Man müsse Stockwerk für Stockwerk in Brand setzen, von oben nach unten. Im FAZ-Artikel vom 11. September 2024 heißt es weiter. Ein Offizier sei zu der Einheit gekommen und habe zwei gefesselte Palästinenser mitgebracht. **„Die beiden hatten Angst, der eine war erst 16, der andere in seinen Zwanzigern. Der Ausdruck ‚menschliche Schutzschilde‘ fiel dabei nicht, doch man verstand auch so.“** Es seien zwei Zivilisten gewesen.

ARUNDHATI ROY BEDENKT PALÄSTINA

Die Schriftstellerin Arundhati Roy ist mit dem PEN Pinter Prize 2024 ausgezeichnet worden. Ihre Dankesrede widmete sie Palästina: **„Nicht all die Macht und das Geld, nicht all die Waffen und die Propaganda der Welt können die Wunde, die Palästina ist, länger verbergen. Die Wunde, durch die die ganze Welt, einschließlich Israel, blutet“**, sagte sie am 10. Oktober in der British Library. Die Wurzel aller Gewalt, einschließlich der Gewalt vom 7. Oktober, sei die Besetzung palästinensischen Landes durch Israel und die Unterwerfung des palästinensischen Volkes. **„Die Geschichte hat nicht am 7. Oktober 2023 begonnen“**, betonte sie. Roy will einen Teil des Preisgeldes dem Palestinian Children's Relief Fund geben.

NEUES SCHULJAHR

Das neue Schuljahr sollte am 9. September in ganz Palästina beginnen. Mindestens 45.000 sechsjährige Kinder im Gazastreifen können nach UN-Angaben nicht eingeschult werden. Die Erstklässler gesellen sich zu den 625 000 Kindern, denen bereits ein ganzes Schuljahr verwehrt wurde, und denen angesichts des anhaltenden Konflikts ein zweites Jahr ohne Bildung droht.

VERBOT DER UN-ORGANISATION UNRWA

Die israelische Regierung hat dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) die Arbeit in Israel verboten. Da Israel alle Grenzübergänge zu Palästina kontrolliert, wird dadurch auch die Arbeit in den palästinensischen Gebieten (Westjordanland, Ostjerusalem, Gaza) unmöglich gemacht. Die UNRWA leistet seit 1949 mit Zehntausenden Mitarbeiter*innen lebensrettende humanitäre Hilfe und Dienstleistungen (wie beispielsweise Schulen) für palästinensische Flüchtlinge im Gazastreifen, im Westjordanland, in Jordanien, im Libanon und in Syrien.

MÄDCHEN VON SCHULE VERWIESEN

Dutzende von Schüler*innen umringten ein 12-jähriges arabisches Mädchen und sangen **„Dein Dorf soll brennen“**. Die Schülerin der Zilberman-Schule in Be'er Sheva hatte es gewagt, während einer Klassendiskussion Mitgefühl für die Kinder von Gaza auszudrücken. Die Schule, unterstützt vom Bildungsministerium, suspendierte daraufhin das Mädchen. Die stellvertretende Bürgermeisterin schlug vor, der gesamten Familie die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Die israelische Zeitung Haaretz veröffentlichte die Geschichte und kritisierte **„diese Mob-Kultur“**.

ZUKUNFT FÜR NEUGEBORENE?

Internationale Ärzt*innen berichten in der britischen Zeitschrift Lancet, über Mütter in Gaza: **„In Gaza gibt es so gut wie keine Schwangerschaftsvorsorge. Der Anstieg der Frühgeburten ist atemberaubend, oft ausgelöst durch den chronischen Stress der Vertreibung, Unterernährung und das Trauma, Zeugin von Bombardierungen zu sein. Da die Krankenhäuser mit der Bewältigung der Massen von Opfern zu kämpfen haben, sind die Entbindungsstationen nicht mehr funktionsfähig. In einigen Fällen mussten die Frauen ihre Babys im Freien entbinden, unter unhygienischen Bedingungen und ohne die Hilfe von Hebammen oder Ärzt*innen.“** Die gezielte Zerstörung von Entbindungskliniken und die Blockade, die die Einfuhr lebenswichtiger medizinischer Güter wie Anästhetika und Entbindungskits in den Gazastreifen verhindert, haben die Schwangerschaft für Tausende von Frauen zu einem lebensbedrohlichen Zustand gemacht.



FOTO // URSULA MINDERMANN

Cakes Stencils

FRAUEN 2024: Yael Admi und Reem Hajajre

Die israelischen Aktivistinnen von „Women wage Peace“ und ihr palästinensisches Pendant „Women of the Sun“ fordern in ihrem „Aufruf der Mütter“ „umgehend Friedensgespräche und -verhandlungen“ zu beginnen. **„Wir fordern, dass innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens eine politische Lösung für den langen und schmerzhaften Konflikt erreicht wird“.** Ihre Repräsentantinnen Dr. Yael Admi und Reem Hajajre stehen 2024 auf der „Women of the Year“-Liste des Time Magazins.

ISRAELISCHER PLAN FÜR NORD-GAZA

Laut dem „Plan der Generäle“, der Anfang September veröffentlicht wurde, soll der nördliche Gazastreifen komplett entvölkert werden. Dort leben noch rund 400.000 Palästinenser*innen. Die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sei gewährleistet, wenn die Zivilbevölkerung vorher zur Evakuierung aufgefordert werde, behaupten die Militärs. Eine Lüge sei das, schreibt Idan Landau, Professor für Linguistik an der Universität Tel Aviv im 972Mag. **„Das erste Protokoll der Genfer Konventionen besagt eindeutig, dass eine Warnung an die Zivilbevölkerung, zu fliehen, den Schutzstatus der Zurückgebliebenen nicht aufhebt und es den Streitkräften nicht gestattet, ihnen Schaden zuzufügen; ebenso wenig hebt eine militärische Belagerung die Verpflichtung der Armee auf, humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung zu ermöglichen.“** In Wirklichkeit gehe es um die Neubesiedelung des Gazastreifens durch jüdische Siedler.

MAHASAN AL-KHATIB

Die palästinensische Künstlerin Mahasen Al-Khatib ist am 18. Oktober 2024 bei den israelischen Angriffen auf Jabalia im nördlichen Gazastreifen ums Leben gekommen. Stunden vor ihrem Tod veröffentlichte die 32jährige ihr letztes Kunstwerk zum Gedenken an den Studenten Shabaan Al-Dalu, der bei einem israelischen Angriff in seinem Zelt bei lebendigem Leib verbrannte, mit der Bildunterschrift: **„Sag mir, was du fühlst, wenn du jemanden brennen siehst.“**



EIN AKTIVIST VON „ABRAHAMS SÖHNEN“

Half bei der Olivenernte in Barkan. Die israelische Organisation „Rabbiner für Menschenrechte“ erntete die Oliven für den palästinensischen Besitzer, dem die israelischen Behörden verboten hatten, sein Land zu betreten.

ISRAEL ERTEILT GAS-ABBAULIZENZEN IN PALÄSTINA

Inmitten der Militäroffensive Israels gegen Gaza gab das israelische Energieministerium am 29. Oktober bekannt, dass es Lizenzen an sechs israelische und internationale Unternehmen vergeben hat, um nach Erdgas in Gebieten zu suchen, die nach internationalem Recht als palästinensische Meeresgebiete gelten. Zu den Unternehmen gehören Eni S.p.A (Italien), Dana Petroleum (UK, eine Tochtergesellschaft der South Korean National Petroleum Company) und Ratio Petroleum (ein israelisches Unternehmen). Palästinensische Menschenrechtsgruppen, darunter Adalah, fordern von Israel die Rücknahme der Verträge und appellieren an die lizenzierten Unternehmen, sich nicht an der Plünderung der Ressourcen des palästinensischen Volkes zu beteiligen.

GAZA IST DER SCHLÜSSEL ZUR BEENDIGUNG DER GEWALT

UN-Generalsekretär Gustavo Guterres hat am 27. September vor dem UN-Sicherheitsrat gewarnt: „Gaza bleibt das Epizentrum der Gewalt. Und Gaza ist der Schlüssel zur Beendigung der Gewalt. Der Gazastreifen ist der gefährlichste Ort der Welt für die Bereitstellung humanitärer Hilfe ... Die jüngste Polio-Impfkampagne zeigt, was humanitäre Organisationen leisten können, wenn sie ihre lebenswichtige Arbeit verrichten dürfen. Die Grenzübergänge zum Gazastreifen sind jedoch weiterhin eingeschränkt oder unzugänglich. Die Straßen sind beschädigt und mit nicht explodierten Sprengkörpern übersät. Unverzichtbare Güter, darunter Bausätze für Unterkünfte und Schutzausrüstung, sind verboten. Am 28. August eröffneten israelische Streitkräfte das Feuer auf ein deutlich gekennzeichnetes gepanzertes Fahrzeug des Welternährungsprogramms (WFP), das Teil eines mit den israelischen Militärbehörden abgestimmten Konvois war. Zehn Kugeln trafen die Scheiben des Fahrzeugs. Am 9. September wurde ein UN-Konvoi, der vollständig mit den israelischen Streitkräften abgestimmt worden war, auf dem Weg zur Unterstützung der Polio-Impfkampagne im nördlichen Gazastreifen am Kontrollpunkt Al-Rashid angehalten. Die Soldaten richteten ihre Waffen direkt auf die Mitarbeiter des Konvois. Die deutlich gekennzeichneten UN-Fahrzeuge wurden eingekreist. Der Konvoi wurde von zwei israelischen Panzern und einem Bulldozer angegriffen. Der hintere Panzer rammte die UN-Fahrzeuge von hinten und drückte den Konvoi mit zwölf humanitären Helfern darin zusammen. Der Bulldozer warf Trümmer auf das erste Fahrzeug, während die Soldaten die darin befindlichen UN-Mitarbeiter und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NRO) bedrohten.“

VERWUNDETES KIND, KEINE ÜBERLEBENDE FAMILIE

Der Krieg in Gaza macht viele Kinder zu Waisen. In Khan Younis ist ein von Freiwilligen geführtes Lager entstanden, in dem mehr als tausend Kinder untergebracht sind, die einen oder beide Elternteile verloren haben. Ein Bereich ist Kindern vorbehalten, die ihre gesamte Familie verloren haben, mit Ausnahme vielleicht eines Geschwisterkindes. Aus Krankenhäusern wird berichtet, dass Kinder, die blutüberströmt und allein dorthin gebracht wurden, auf den Gängen der Krankenhäuser umherirren und sich selbst versorgen müssen – „verwundetes Kind, keine überlebende Familie“ [WCNSF, Anm.], wie einige Krankenhäuser sie bezeichnen. In den Neugeborenenstationen sind Babys untergebracht, die niemand abholen kommt, berichtete die New York Times am 22. August 2024.

Es gibt keine Kindheit in Gaza

Ein 9-jähriger palästinensischer Junge verlor seine Mutter, seinen Vater und zwei Geschwister bei einem israelischen Luftangriff zu Beginn des Gaza-Krieges.

Innerhalb weniger Monate wurde auch er getötet.

Der Krieg in Gaza hatte kaum begonnen, als der neunjährige Khaled Joudeh einen unvorstellbaren Verlust erlitt. Seine Mutter, sein Vater, sein älterer Bruder und seine kleine Schwester wurden zusammen mit Dutzenden anderer Verwandter bei einem israelischen Luftangriff auf ihr Haus getötet.

In den folgenden Monaten versuchte Khaled, tapfer zu sein, wie sich sein Onkel Mohammad Faris erinnert. Er tröstete seinen jüngeren Bruder Tamer, der wie Khaled den Angriff vom 22. Oktober, bei dem die Familie getötet wurde, überlebt hatte. Doch der siebenjährige Tamer wurde schwer verletzt, hatte einen gebrochenen Rücken und ein gebrochenes Bein und litt unter ständigen Schmerzen.

„Er hat seinen Bruder immer getröstet, wenn er weinte“, sagte Herr Faris kürzlich in einem Telefoninterview mit der New York Times. **„Er hat ihm immer gesagt: ‚Mama und Baba sind im Himmel. Mama und Baba wären traurig, wenn sie wüssten, dass wir ihretwegen weinen.‘“**

Nachts, wenn die unerbittlichen israelischen Luftangriffe auf Gaza wieder begannen, wachte Khaled zitternd und schreiend auf und rannte manchmal zu seinem Onkel, um Trost zu finden.

Es war ein kurzes und angsterfülltes Leben für die jungen Brüder, das endete, als ein weiterer Luftangriff das Haus der Familie traf, in dem sie am 9. Januar Zuflucht gefunden hatten. Dabei wurden Khaled, Tamer, ihre zweijährige Cousine Nada und drei weitere Verwandte getötet, wie zwei Familienmitglieder berichten.

Ihre Geschichte ist ein Beispiel dafür, wie der seit zehn Monaten andauernde israelische Krieg im Gazastreifen einen unvorstellbaren Tribut von Kindern fordert, die mitten im Krieg gefangen sind. Nach dem von der Hamas angeführten Angriff auf Israel am 7. Oktober begann das israelische Militär den Krieg mit dem erklärten Ziel, die Hamas auszulöschen, und flog einen der schwersten Luftangriffe auf den dicht besiedelten Gazastreifen,

den die Welt in diesem Jahrhundert gesehen hat. Israel wirft der Hamas vor, das städtische Terrain des Gazastreifens zu nutzen, um ihre Kämpfer und ihre Waffeninfrastruktur zusätzlich zu schützen, indem sie Tunnel unter Wohnvierteln verlegt, Raketen in der Nähe von zivilen Häusern abschießt und Geiseln im Stadtzentrum festhält.

Die Hamas bestreitet diese Anschuldigungen und gibt an, dass ihre Mitglieder selbst aus dem Gazastreifen stammen und in der Bevölkerung leben.

Völkerrechtsexperten haben erklärt, dass Israel die Verantwortung hat, die Zivilbevölkerung zu schützen, auch wenn die Hamas sie so ausnutzen sollte, wie Israel es behauptet. Das israelische Militär gibt an, es treffe „alle denkbaren Vorkehrungen“, um Schaden von der Zivilbevölkerung abzuwenden.

Die Kinder des Gazastreifens haben in vielerlei Hinsicht gelitten. Von den Zehntausenden Palästinenser*innen, die im Krieg getötet wurden, waren nach Angaben der Gesundheitsbehörden des Gazastreifens schätzungsweise 15.000 unter 18 Jahren. Die Vereinten Nationen schätzen, dass mindestens 19.000 weitere Kinder zu Waisen geworden sind. Laut UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, wurden fast eine Million Kinder vertrieben. **„Gaza ist nach wie vor der gefährlichste Ort der Welt für Kinder“,** sagte Jonathan Crickx, ein Sprecher von UNICEF.

Die meisten Kinder leben in überfüllten Häusern, in denen mehrere Familien zusammen untergebracht sind, oder in baufälligen Zelten, die sich in der Sommerhitze wie Öfen anfühlen können und in denen es weder fließendes Wasser noch sanitäre Einrichtungen gibt. Tausende sind schwer unterernährt und laufen Gefahr, an Hunger zu sterben. Es ist ein ständiger Kampf ums Überleben in Gaza, und die Kinder müssen mithelfen.

Als er das Gebiet vor einigen Monaten besuchte, so Jonathan Crickx von UNICEF, sah er selten spielende oder lachende Kinder. Stattdessen sah er sie meist dabei, wie sie ihren Familien halfen: Sie trug



gen Wasserkanister von Wasserausgabestellen, versuchten, Lebensmittel zu finden und halfen, die wenigen Habseligkeiten zu tragen, wenn die Familie vertrieben wurde.

Crickx berichtet, er habe auf der Straße einen Jungen gesehen, der nicht älter als etwa fünf Jahre zu sein schien und einen Rollstuhl schob, auf dessen Sitz zwei mit Wasser gefüllte Kanister standen. Die Griffe des Rollstuhls waren höher als der Kopf des Jungen und er konnte kaum sehen, wohin er ging.

„Es gibt keine Kindheit in Gaza“, schrieb Louise Wateridge, eine Sprecherin der wichtigsten UN-Hilfsorganisation für Palästinenser, UNRWA, letzten Monat in den sozialen Medien. **„Unterernährt, erschöpft. Schlafen in Trümmern oder unter Plastikplanen. Bildung ist durch Angst und Verlust ersetzt worden. Verlust von Leben, Heimat und Stabilität“,** fügte sie hinzu.

Während des gesamten Krieges haben die Eltern Maßnahmen ergriffen, um ihre Kinder zu schützen. Sie ritzen ihnen ihre Namen direkt in die Haut, damit sie identifiziert werden können, wenn sie verloren gehen, verwaist aufgefunden oder getötet werden.



*Khaled Joudeh schaut auf seinen schwer-
verletzten Bruder, Tamer. Tamer wurde beim
Angriff vom 22. Oktober verletzt, die Eltern und
zwei Geschwister starben.*

FOTO // SAMAR ABU ELOUF/THE NEW YORK TIMES/
REDUX/LAIF

In den Leichenhallen werden die Leichentücher in kleinere Stücke geschnitten, um die kleinsten Opfer einzuwickeln. Manchmal werden Kinder in das gleiche Leichentuch gewickelt wie ihre Eltern und auf der Brust ihrer Mutter oder ihres Vaters zur Ruhe gebettet.

Manche Eltern sagen im Stillen, dass sie hoffen, dass ihr Kind, falls es getötet wird, wenigstens in einem Stück stirbt und jemanden hat, der es beerdigt.

In den ersten Wochen des Konflikts begannen die Familien, sich auf das Schlimmste vorzubereiten. Khaleds Vater sagte seinen Verwandten, dass die Überlebenden die Kinder beschützen und erziehen müssten, falls einer von ihnen getötet würde, so Faris.

Nicht lange danach, am 22. Oktober, zerstörte ein israelischer Luftangriff zwei Gebäude, in denen Khaleds Großfamilie in der Stadt Deir al-Balah im Zentrum des Gazastreifens lebte, wie Verwandte und lokale Journalisten berichteten.

Khaled und Tamer überlebten als einzige aus ihrer Kernfamilie. Nada, ihre zweijährige Cousine, war die einzige Überlebende des ersten Angriffs aus ihrer Kernfamilie.

Kurz nach dem Bombenangriff im Oktober küsste Khaled, barfuß und weinend, im Hof des Leichenschauhauses, wo Dutzende von verhüllten Leichen auf dem Boden lagen, die Gesichter seiner toten Eltern und Geschwister zum Abschied.

Insgesamt 68 Mitglieder von Khaleds Großfamilie wurden an diesem Tag getötet, als sie in ihren Betten schliefen, wie drei Verwandte des Jungen damals berichteten. Sie wurden gemeinsam, Seite an Seite, in einem Massengrab beigesetzt.

Fast einen Monat lang nach der Ermordung ihrer Eltern wohnten Khaled und Tamer bei ihrem Onkel Faris in einem anderen Familienhaus in Deir al-Balah. Khaled, Tamer und Nada wagten sich gelegentlich hinaus, um auf der von Trümmern übersäten Straße zu spielen.

„Sie waren Kinder und versuchten, ihre Kindheit zu bewahren“, berichtet ihr Onkel Faris. „Sie spielten draußen, wenn es einigermaßen

ruhig war. Aber oft trieben sie die Luftangriffe schreiend nach Hause zurück“, fügt er hinzu. „Khaled kam dann immer schnell und versteckte sich in meiner Nähe.“

Dann, am 9. Januar, endete Khaleds allzu kurzes Leben.

Gegen zwei Uhr nachts, als die Familie schlief, traf ein israelischer Luftangriff das Haus, in dem sie Schutz gesucht hatten, so Faris und eine weitere Verwandte, Yasmeeen Joudeh. Khaled, Tamer und Nada wurden getötet, ebenso wie zwei Onkel und ihr Großvater.

Die Leiche des Großvaters, der erst vor Kurzem zu ihnen gestoßen war, wurde auf der Straße gefunden. Er hatte lange genug überlebt, um aus dem zerbombten Gebäude zu kriechen, Nadas Leiche dabei in seinen Armen haltend, erzählt Yasmeeen Joudeh, die sich zu dieser Zeit in Ägypten aufhielt und die Einzelheiten später von Verwandten in Gaza erfuhr.

Die Times erfuhr erst Monate später von Khaleds Tod.

Auf die Frage nach den Angriffen auf die Häuser der Familie Joudeh im Oktober und Januar gab das israelische Militär keinen Grund an.

Zum Angriff im Oktober sagte das israelische Militär nur, dass es Fragen zu einem Angriff auf diese Familie nicht beantworten könne.

Nach dem Angriff im Januar übermittelte die Times dem israelischen Militär das Datum, die Uhrzeit und die Lage der Straße. Das Militär sagte jedoch, dass die Times **„dem I.D.F. nicht genügend Informationen zur Verfügung gestellt hat, um den angeblichen Angriff richtig zu untersuchen“**, und bat um die Koordinaten, um den Standort des getroffenen Gebäudes zu bestimmen.

Faris sagte, dass seine Großfamilie mit keiner der bewaffneten palästinensischen Gruppen in Verbindung stehe, gegen die Israel im Gaza-Krieg vorgeht.

„Sie hatten nichts mit irgendetwas zu tun“, sagte er.

Die drei Kinder, ihr Großvater und die beiden Onkel wurden wie die anderen Mitglieder ihrer Familie – und wie viele andere BewohnerInnen des Gazastreifens seither – gemeinsam in einem nicht gekennzeichneten Grab beigesetzt.

Raja Abdulrahim ist Journalistin der New York Times mit Schwerpunkt Naher Osten. Sie lebt in Jerusalem.

(Originalbeitrag in englischer Sprache und mit dazugehörigem Bildmaterial: <https://www.nytimes.com/2024/08/17/world/middleeast/there-is-no-childhood-in-gaza.html>, Warnung: Drastische Bilder)
Übersetzung: Martha Tonsern

Kindern in Gaza wird Bildung verwehrt

Angriffe auf das palästinensische Bildungssystem sind ein Mittel, um auf die Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft und Identität Einfluss zu nehmen. Während der palästinensischen Intifada-Aufstände schloss die israelische Besatzungsmacht Schulen und Universitäten, trotzdem abgehaltenen Ersatzschulstunden wurden verfolgt, Schulbücher und Materialien konfisziert.

Die Zerstörung von Schulen und Universitäten unter dem Vorwand, dass sie Waffen und Kriegsgüter verbergende Schutzschilde gegen Angriffe des israelischen Militärs seien, ist nachweislich ein Teil der Strategie, Bildung und Identität einer besetzten Gesellschaft, ruinieren zu wollen. In einer Woche im August wurde täglich eine Schule bombardiert. **„In den letzten sieben Tagen hat Israel mindestens sieben Schulen in Gaza angegriffen – eine pro Tag – darunter die Al-Zahra-Schule, die Abdel Fattah Hammoud-Schule, die Al-Nasr- und Hassan Salama-Schulen und die Al-Huda-Schule“**, teilte Action For Humanity, eine im Vereinigten Königreich ansässige und in Gaza tätige Organisation, in einer Pressemitteilung mit. **„Jede dieser Schulen war voll mit vertriebenen Zivilist*innen.“** Nach der Serie von Angriffen auf Schulen im August hat die in der Schweiz ansässige Menschenrechtsorganisation Euro-Med Human Rights Monitor Israel für seine Versuche, die Angriffe zu rechtfertigen, kritisiert und die Behauptung einer militärischen Notwendigkeit widerlegt. **„Erste Untersuchungen des Teams von Euro-Med Human Rights Monitor vor Ort deuten darauf hin, dass die israelische Armee die verbliebenen Schutzzentren absichtlich zerstört hat, um den Palästinenser*innen die wenigen verbliebenen Orte zu verwehren, an denen sie nach der systematischen Zerstörung von Häusern und Schutzräumen, einschließlich Schulen, Zuflucht suchen hätten können“**, so die Organisation.

Schon im April 2024 warnten unabhängige Experten der Vereinten Nationen vor der systematischen Zerstörung des Bildungssystems im gesamten Gazastreifen. Nach sechs Monaten militärischer Angriffe wurden im Gazastreifen mehr als 5 479 Studierende, 261 Lehrer*innen und 95 Universitätsprofessor*innen getötet und mehr als 7 819 Studierende und 756 Lehrer*innen verletzt.



FOTO // © UNICEF/UNI48854/EL BABA

Unterricht gibt es in diesem Klassenzimmer nicht mehr: Die Schule dient als Notunterkunft für geflüchtete Familien

Mindestens 60 Prozent der Bildungseinrichtungen, darunter 13 öffentliche Bibliotheken, wurden beschädigt oder zerstört, und mindestens 625 000 Schüler*innen haben keinen Zugang zu Bildung. Die UN-Experten stellten die Frage, ob das palästinensische Bildungssystem absichtlich zerstört werden soll, was als „Scholastizid“ bezeichnet würde (Systematische Auslöschung des Bildungswesens durch Verhaftung, Inhaftierung oder Tötung von Lehrer*innen, Schüler*innen und Mitarbeitende sowie die Zerstörung der Bildungsinfrastruktur).

Die Israa-Universität, die letzte verbliebene Universität in Gaza, wurde am 17. Januar 2024 vom israelischen Militär zerstört. Student*innen mit internationalen Stipendien würden zudem daran gehindert, eine Universität im Ausland zu besuchen. **„Ohne sichere Schulen sind Frauen und Mädchen zusätzlichen Risiken ausgesetzt, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt“**, befürchten die UN-Experten. Mehr als eine Million palästinensische Kinder im Gazastreifen benötigen jetzt psychische und psychosoziale Unterstützung.

Aktuell schätzen Experten von UNICEF, Stand September, dass 87 % der Schulgebäude zerstört sind, obwohl die Organisation immer wieder aufgefordert hatte, Schulen zu achten und zu schützen. UNICEF hat angesichts der vielen schon ab Oktober 2023 geschlossenen Schulen versucht, den Kindern mit psychosozialen Angeboten etwas Stabilität und ein Stück Kindheit zurück zu geben.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hatte Israel schon am 26. Januar 2024 gewarnt, insbesondere seine Verpflichtungen aus den entsprechenden angeordneten vorläufigen Maßnahmen einzuhalten und die Menschenrechte zu respektieren, um nicht mit den „verheerenden Angriffen“ den Menschen langfristige Auswirkungen auf ihre Grundrechte, zu lernen und sich frei auszudrücken, zu nehmen.

In viele Schulgebäude haben sich Familien geflüchtet in der Annahme, hier Schutz zu finden bis die israelische Armee diese Gebäude bombardierte, weil sie behauptete unter den Schulen befänden sich verborgene militärische Einrichtungen der HAMAS. Internationale Untersuchungen lässt die israelische Regierung nicht zu.

Wie der Sprecher des Kinderhilfswerks UNICEF Jonathan Crickx in Jerusalem im August mitteilte, hatten die 625 000 Schüler*innen in Gaza seit Monaten keine Schule mehr besuchen können. Es gibt aber auch jetzt Versuche, den Kindern zumindest Ersatzangebote zu ermöglichen, da bei völligem Stillstand der Schulbildung die Langzeitfolgen für die Gesellschaft unabsehbar sind. So versuchen Lehrkräfte vielerorts unter freiem Himmel und in notdürftigen Unterkünften wenigstens etwas Unterricht zu erteilen. Inmitten von Trümmern sammeln sie die Kinder vor Schultafeln.

Das UN-Komitee für die Rechte des Kindes (CRC) wirft in einem Bericht, Israel schwere Verstöße gegen ein weltweites Abkommen zum Schutze der Kinder vor. Das Vorgehen des israelischen Militärs auch gegen Kinder mit den katastrophalen Auswirkungen auf ihre Entwicklung gehöre zu den **„schlimmsten Verstößen in der jüngeren Geschichte.“** Und wie es im UNICEF-Bericht **„Wie ist es, jetzt in Gaza ein Kind zu sein“** vom 30. August 2024 heißt: **„die Gewalt lässt kein Kind unberührt“**, von den rund einer Million Kindern im Gazastreifen. Sie prägt die Kindheit und das ganze Leben, sofern die Menschen Bombardierung, Flucht, traumatisches Erleben und Mangelernährung überleben sollten, um hoffentlich nach Ende des Krieges wieder so etwas wie Schule und Kultur erleben zu können.

DETLEF GRIESCHE

Weinen kann ich erst, wenn ich von der Schule nach Hause komme

**Noura*, Rabia* und Issa* Nadir bangen um ihre Familie mitten im Gazakrieg.
In der Schule bleibt kaum Raum für Schmerz, Wut und Angst.**

Als Noura (16) am 9. Oktober 2023 die Schule betritt, ist nichts mehr wie vorher. Schon vor Wochen hat sie beschlossen, die Kuffiya zu tragen. Vor allem auf dem Weg zur Schule, wenn es noch kalt ist. Nach dem 7. Oktober will sie den Schal weiterhin tragen – so wie ihre Familie in Palästina. Aber als sie an einem Morgen im Winter 2023 in den Klassenraum kommt, ruft einer ihrer Mitschüler: »Aufpassen, sie hat 'nen Rucksack dabei! Gleich schmeißt sie den durch den Raum und rennt weg!« Stille. Eine Schülerin beginnt, zu lachen. Dann bricht plötzlich im ganzen Raum lautes Lachen aus. Selbst Noura lacht – aus Nervosität. Innerlich steht sie kurz vor einem Zusammenbruch.

Noura (16), Rabia (12) und Issa (8) sind Geschwister – in Deutschland geboren und aufgewachsen. Ihr Opa kommt aus Gaza und wuchs dort in einer Stadt auf, die es heute so nicht mehr gibt. Immer wieder musste er fliehen, bevor er nach Deutschland kam. Heute träumen seine Enkelkinder davon, eines Tages Urlaub in Palästina machen zu können. So wie viele ihrer Freund*innen in Berlin ihre Familie in den Ferien besuchen, in der Türkei zum Beispiel. Aber ihre Verwandten in Gaza haben nichts mehr – in diesem Krieg haben sie alles verloren. Jeden Tag geht für sie aufs Neue der Kampf ums Überleben los. Übers Telefon versuchen Noura, Rabia und Issa, Kontakt zu halten.

RASSISMUS AM EIGENEN LEIB

Für Noura bedeutet die Kuffiya daher eine Verbindung zu dem Palästina, das sie erst einmal in ihrem Leben besuchen durfte. Der Schal erinnert sie daran, dass ihre Familie immer wieder vertrieben wurde. An den Kampf um Gerechtigkeit. Aber: Noura bekommt zunehmend Angst, ihren Schal zu tragen. Denn während einige ihrer Lehrer*innen Abbildungen von Israelflaggen auf persönlichen Gegenständen zeigen, wird die Kuffiya als Gefahr für den Schulfrieden dargestellt.

An ihrer Schule sind zwar viele Lehrer*innen gegen ein mögliches Verbot. Aber immer wieder schauen Lehrer*innen sie an, wenn es um das Thema „Schulfrieden“ geht. Als sei sie eine Bedrohung. Immer wieder muss Noura außer-



FOTO // URSULA MINDERMANN

dem böse Witze ertragen – die Witze, die viele Palästinenser*innen kennen. Bombe, Islamist, Koffer. Ha, ha.

Nouras Verwandte in Gaza sind Christ*innen. Aber mit Religion haben diese Witze ohnehin nichts zu tun: „Wenn meine Mitschüler*innen sagen, dass alle Palästinenser Terroristen seien, trifft das wie ein Schlag ins Gesicht, weil ich weiß, dass viele wirklich so denken. Und auch genau so handeln, als wäre es so“, sagt sie im Gespräch. Auch deshalb werde die palästinensische Flagge an Schulen verboten, andere Flaggen aber nicht. Sie trägt bis heute Kuffiya – gegen alle Widerstände, aus Solidarität mit den Millionen von Menschen, die gerade genau wie ihre Familie leiden. Oft verstecken Palästinenser*innen in Deutschland ihre Identität; haben Angst vor diesen Vorurteilen. Aber Noura will mit der Kuffiya zeigen: Wir sind Palästinenser*innen und wir sind nicht alleine.

VIELE WISSEN ZU WENIG

Immer wieder stehen Noura und ihre Geschwister im Gespräch den Tränen nah. Bei dem Großangriff auf die orthodoxe Kirche in Gaza im Oktober 2023 haben auch sie Angehörige verloren. Einige Verwandte – die wenigsten – haben es geschafft, zu fliehen. Aber das ist gefährlich, kostet viel Geld und bedeutet, dass sie wie Nouras, Rabias und Issas Opa nie wieder nach Gaza zurückkehren werden. Darüber wird in ihrer Familie viel gesprochen.

In der Schule sieht das wiederum anders aus: Von den traumatischen Angriffen auf die Kirche oder dem Mehlmassaker haben selbst viele ihrer Lehrer*innen nichts mitbekommen – wie sollen sie dann in der Schule darüber sprechen? Die Geschwister finden in ihren Schulen keinen Platz für ihre Emotionen. Issa (8) leidet vor allem darunter, dass seine Schulfreund*innen und seine Lehrer*innen kaum etwas über Palästina und Israel wissen. „Die Lehrer*innen haben nicht gefragt. Ich glaube, die trauen sich nicht. Und meine Freunde verstehen die Situation halt nicht. Also, weinen kann ich erst, wenn ich von der Schule nach Hause komme“, sagt er mit gesenktem Blick.

Noura merkt deshalb in den letzten Wochen auch, dass ihre Konzentration leidet. Sie besucht die 10. Klasse und steht kurz vor ihren Abschlussprü-

fungen. Seit dem Krieg kann sie sich nicht mehr vorstellen, nach diesem Jahr weiter in die Schule zu gehen. Zu schmerzhaft ist der Alltag dort. Seit einigen Monaten schreibt sie schlechtere Noten und hat keine Kraft, sich am Unterricht zu beteiligen. „Deutschland ist eines der Länder, das die Waffen für die Invasion in Rafah liefert. Mit denen meine Familie bombardiert wird. Und tut so, als sei das selbstverständliche Solidarität. Das macht mich so wütend und traurig.“

AUCH KINDER ERLEBEN DEN POLITISCHEN WANDEL IN DEUTSCHLAND

Dass die Debatte von Betroffenen als so einseitig wahrgenommen wird, liegt auch an den politischen Entwicklungen in Deutschland. 2015, als Issa geboren wurde, war die AfD gerade mal zwei Jahre alt. Damals musste sie kämpfen, um überhaupt ins Parlament zu kommen. Mittlerweile erzielt die Partei Rekordwerte bei den Wähler*innen. Vor dieser Zukunft haben nicht nur Noura, Rabia und Issa Angst. Diesen Rechtsruck fühlen viele Schüler*innen mit Migrationshintergrund.

Denn der Erfolg der AfD basiert auch darauf, dass sie die islamophobe und antiarabische Stimmung im Land provoziert und befeuert. Die Geschwister spüren das jeden Tag auf dem Weg zur Schule: Schlagzeilen wie „Antisemiten planen Hass-Gipfel in Berlin“ oder „Deutsche Juden oder Aggro-Araber: Wen wollen wir halten?“ lesen sie schon morgens in der U-Bahn. „Aber vieles verstehe ich gar nicht“, sagt Issa.

Seinen älteren Schwestern ist bewusst, dass Jüd*innen und Palästinenser*innen in Deutschland so gegeneinander ausgespielt werden. Und die Rhetorik habe reale Konsequenzen, erzählt Noura. Eine ihrer engsten Freundinnen habe ihr gesagt, mit Araber*innen wolle sie nichts zu tun haben. Die wären aggressiv und gefährlich. Sie, Noura, sei eben eine Ausnahme.

Immer wieder werden Noura, Rabia und Issa an ihren Schulen damit konfrontiert, wie sie zu den Gräueltaten der Hamas stünden. Dabei waren sie noch nie in Gaza – und sind Schulkinder. Wenn Palästinenser*innen in der Schule mit der Hamas in Verbindung gebracht werden, hat das gefährliche Konsequenzen für sie. Genau darin steckt ein

tief verankerter Rassismus: Menschen nicht nur auf Grund ihrer Herkunft anders zu behandeln, sondern sogar zu kriminalisieren.

LÖSUNGEN FANGEN BEIM ZUHÖREN AN

Viele Lehrer*innen sind mit dem Thema Krieg verständlicherweise überfordert. Auch sie wünschen sich bessere Lösungen für einen Schulalltag ohne Rassismus. An Rabias Schule hat sich deshalb in den letzten Monaten viel verändert: Ihre Lehrer*innen suchen regelmäßig das Gespräch mit ihr. Einige fragen regelmäßig, wie es ihr geht. Überhaupt stellen sie einfühlsame, offenere Fragen. Denn Kinder wie Rabia, Noura und Issa bringen Wissen mit, das viele ihrer Mitschüler*innen gar nicht haben können – über die Situation vor Ort, über Grauzonen und Widersprüche. Sie können das Klassenzimmer bereichern.

In unserem Gespräch zeigt sich immer wieder, dass alle drei Geschwister eigentlich über ihre Geschichte sprechen wollen – und über ihre Familie in Palästina. Das Problem entsteht, wenn ihre Mitschüler*innen und Lehrer*innen nicht zuhören. Was sie sich wünschen, ist simpel: ernst genommen zu werden. Und Raum zu bekommen, um über ihre Trauer, ihre Schmerzen zu sprechen. Aber das bedeutet zusätzliche Arbeit für Lehrkräfte. Sie müssen sich darüber informieren, was im Nahen Osten passiert und bereit sein, von ihren Schüler*innen zu lernen. Das ist auch zeitlich eine Herausforderung für Lehrer*innen. Aber es ist auch ihre Aufgabe. Genauso, wie es ihre Aufgabe ist, gegenüber rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft Haltung zu zeigen. Denn Antirassismus bedeutet eben, auch – und gerade dann – zuzuhören, wenn es besonders kompliziert ist und wehtut.

LARA SHEHADA

*Persönliche Daten wie Alter und Namen der Protagonist*innen wurden für diesen Artikel verändert.

Behinderung der internationalen Gerichtsverfahren gegen Israel

In den Medien ist es ruhiger um die Verfahren gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) und dem Internationalen Strafgerichtshof (ISTGH) in Den Haag geworden. Doch manchmal sind Gerichtsverfahren Ziele von Versuchen der Rechtsbeugung internationaler Akteure bis hin zu Angriffen, die an Spionagethriller erinnern.

DIE ANKLAGEN GEGEN NETANJAHU UND GALLANT

Am 20. Mai beantragte der Chefankläger des IstGH, Karim Khan, bei der Vorverfahrenskammer des Gerichts Haftbefehle gegen drei führende Hamas-Funktionäre und gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sowie den (inzwischen entlassenen) Verteidigungsminister Gallant, denen er Menschenrechtsverletzungen sowie Vergehen gegen das Humanitäre Völkerrecht vorwarf. Im Fall von Putin erging der Haftbefehl in nur drei Wochen. Die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant wurden bis jetzt, Anfang November, noch nicht ausgestellt. Die drei Hamas-Funktionäre kamen inzwischen bei Kämpfen in Gaza ums Leben oder wurden wie im Fall von Hamas-Führer Ismael Haniya bei einer gezielten Tötung umgebracht.

Zunächst beantragte Großbritannien zwei Mal die Verlängerung der Frist, in der dritte Parteien – Experten oder Länder – sogenannte amicus curiae – rechtliche Stellungnahmen Dritter – abgeben können. Unter anderem hat Deutschland so ein Gutachten eingereicht. Die Argumentation: Israel sei ein Rechtsstaat mit einer funktionierenden Gerichtsbarkeit, der man erst einmal die Chance einräumen müsse, die Vorwürfe zu untersuchen. Erst wenn die israelische Justiz ihrer Aufgabe nicht nachkäme, sei der IstGH befugt, den Fall an sich zu ziehen: eine weitere Verzögerungstaktik, zumal der Generalstaatsanwalt auf die amici curiae¹ zunächst antworten muss, bevor die Vorverhandlungskammer tätig wird. Außerdem wurde den Ermittlern der Zugang zum Gaza-Streifen verwehrt.

GEFÄHRDETE RICHTER*INNEN

Khans Antrag auf Erhebung der Anklage enthielt auch eine versteckte Warnung: „**Ich verlange, dass alle Versuche, die Beamten dieses Gerichts zu behindern, einzuschüchtern oder in unzulässiger Weise zu beeinflussen, sofort**

eingestellt werden“, so Khan auf der Pressekonferenz am 20. Mai. Der Sinn dieser Warnung erschließt sich erst nach den Ende Oktober veröffentlichten Enthüllungen des britischen Guardian und der israelischen Plattform Local Call/972. Nach der Aufnahme der Ermittlungen des IstGH gegen Israel und palästinensische bewaffnete Gruppen im Jahre 2015 bildete Netanjahu ein ganzes Team aus Geheimdienstagenten, Juristen und Diplomaten, das auf Mitarbeiter*innen der Vorgängerin Khans, der aus Gambia stammenden Juristin Fatou Bensouda, angesetzt wurde. Mit Hilfe von Pegasus-Software spionierten die Agenten die Korrespondenz zwischen Bensouda und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen aus, um zu wissen, welche Beweise für israelische Menschenrechtsverletzungen diese nach den Haag kommuniziert hatten. Durch international orchestrierte PR-Kampagnen sollte deren Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen werden. Auch Bensouda selber geriet in die Schusslinie. So soll der damalige Mossad-Chef Yossi Cohen persönlich versucht haben, Bensouda zu rekrutieren. Als dies nicht glückte, drohte er ihr und ihrer Familie. Gleichzeitig verhängten die USA Einreiseverbote gegen Bensouda und ihre Familie.

Noch bleibt im Dunkeln, welche Drohungen es gegen den amtierenden Chefankläger und die Richter des IstGH gibt. Mitte Oktober trat eine der drei Richter*innen der Vorverfahrenskammer, die Rumänin Ilia Motoc, zurück – aus Krankheitsgründen heißt es offiziell. Dass es Drohungen gibt, bestätigte Khan in einem Interview mit der amerikanischen Journalistin Christiane Amapour. Ein nicht näher genannter gewählter Politiker hätte ihm erklärt: „**Das Gericht ist für Afrika und Schurken wie Putin bestimmt.**“ Und obwohl die USA gar nicht Mitglied des IGStH sind, warnten zwölf amerikanische Kongressabgeordnete unter Führung des Republikaners Lindsey Graham Khan, seine Mitarbeiter*innen und deren Familien. „**Nehmt Israel ins Visier und wir werden euch ins Visier nehmen**“, heißt es in dem Schreiben vom 24. April, das mit der Drohung endete: „**Wir haben Euch gewarnt.**“

SÜDAFRIKAS GENOZID-KLAGE GEGEN ISRAEL

Ein anderer Fall: Südafrika hat beim Internationalen Gerichtshof IGH Klage eingereicht. Es wirft der israelischen Regierung vor, in Gaza einen Völkermord zu begehen. Vor allem am Begriff des Völkermordes

erhitzten sich die Kritiker und warfen Südafrika unzulässigen Holocaust-Vergleich und eine Täter-Opfer-Umkehr vor. Wider alles Erwarten bestätigten die Richter des IGH am 30. Januar 2024 den Anfangsverdacht des Genozids. In vier Eilentscheidungen ordneten sie an, Israel habe alle genozidalen Akte, wie das Massentöten, das bewusste Zufügen von körperlichem und seelischem Schaden oder die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen in Gaza zu unterlassen. In dem bislang letzten Eilerlass vom 24. Mai wies der IGH Israel außerdem an, die angekündigte Offensive in Rafah zu unterlassen. Wie wir inzwischen wissen, haben sich die Netanjahu-Regierung und das israelische Militär demonstrativ über alle Anordnungen des UN-Gerichtes hinweggesetzt und das Völkerrecht mit Füßen getreten. Möglich wird dies nur durch die uneingeschränkte Unterstützung Israels durch die USA, die jeden Versuch, Israel zur Einhaltung der völkerrechtlich bindenden Beschlüsse des IGH zu bewegen durch ihr Veto im UN-Sicherheitsrat blockieren. Und nicht nur das: UN-Experten, die sich ein Bild von der Lage vor Ort machen wollten, wie der UN-Berichterstatteerin für die besetzten Gebiete, wird der Zutritt zum Gaza-Streifen verweigert, UN-Generalsekretär Guterres wurde in Israel zur Persona-non-grata erklärt und UNRWA, die größte Hilfsorganisation für palästinensische Geflüchtete im Nahen Osten, verboten.

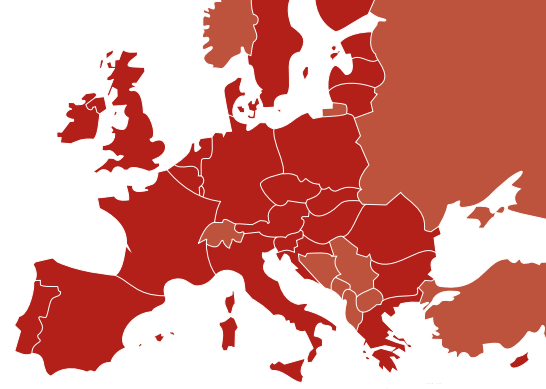
Mit der Bestätigung des Anfangsverdacht hat der IGH das Hautverfahren eingeleitet. Am 28. Oktober hat Südafrika eine ausführliche 750 Seiten und 4000 Seiten Anhänge umfassende Anklageschrift in den Haag eingereicht. 14 weitere Länder – darunter auch die europäischen Länder Spanien, Irland, Belgien und die Türkei haben angekündigt, als Nebenkläger im Prozess aufzutreten.² Jetzt hat Israel bis zum 28. Juli 2025 Zeit, auf die Anklageschrift zu antworten.

IVESA LÜBBEN

¹ Die Labour-Regierung hat noch von der Regierung Sunak erstellte Gutachten inzwischen zurückgezogen. Andere Länder haben Gutachten eingereicht, in denen sie explizit die Zuständigkeit des IstGH unterstützen, darunter Norwegen, Irland, Spanien und Südafrika.

² Deutschland hatte im Januar angekündigt, Israel durch eine Nebenintervention

Deutsche und EU-Palästinapolitik



BERLINER KULTUREINRICHTUNG OYOON VOR DEM AUS



Die Kultureinrichtung Oyoun in Berlin-Neukölln muss laut Berliner Senat ihren Standort zum Jahresende verlassen. Senator Joe Chialo (CDU) hatte Ende 2023 die Auszahlung von Fördergeldern an Oyoun gestoppt, die eigentlich noch bis Ende 2025 fließen sollten. Grund ist die am 4. November 2023 organisierte „Trauer- und Hoffungsfeier“ des mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichneten Vereins „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“. Der Kultursenat forderte Oyoun auf, die Veranstaltung abzusagen, da diese „politisch zu brisant“ sei. Oyoun lehnte den „Eingriff in die Kunst- und Meinungsfreiheit durch den Senat“ ab. Oyoun beschreibt seine eigene Mission so: Das Zentrum **„erdenkt, entwickelt und setzt künstlerisch-kulturelle Projekte durch dekoloniale, queer*feministische und migrantische Blickwinkel um“**. Oyoun klagt gegen den Förderstopp. Das Rechtsverfahren ist noch offen. Das Land hat gegen Oyoun auch eine Räumungsklage angestrengt.

BUNDESREGIERUNG INTERVENIERT

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell betrachtet als gesichert, dass Israel im Gaza-Krieg gegen Menschenrechte und internationales humanitäres Völkerrecht verstößt. Als politisches Signal schlägt er vor, den regelmäßigen politischen Dialog mit Israel vorerst auszusetzen. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat sich dagegen ausgesprochen.

VÖLKERMORD-KLAGE

Am 6. Juni 2024 kündigte Spanien als drittes europäisches Land nach Belgien und Irland seine Absicht an, sich der Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) anzuschließen, das Israel des Völkermordes im Gazastreifen be-

schuldigt. Ein förmlicher Antrag auf Beitritt zur Klage wurde von Madrid am 28. Juni eingereicht. Südafrika hatte seine Klage am 29. Dezember 2023 eingereicht, dass Israel mit seinem militärischen Angriff gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verstößt.

EINREISEVERBOT WAR UNRECHTMÄSSIG

Die Einreiseverbote gegen Redner des „Palästina-Kongresses“ in Berlin am 14. April hatten ein gerichtliches Nachspiel. Zwei prominenten Rednern wurde die Einreise nach Deutschland verweigert, dem griechischen Linkspolitiker Yanis Varoufakis und dem palästinensisch-britischen Arzt und Rektor der Universität Glasgow Ghassan Abu-Sittah. Das Verwaltungsgericht Potsdam hat entschieden, dass die Bundespolizei zu Unrecht Abu Sitta am Flughafen Berlin abwies.



AL-HAQ-DIREKTOR ERHÄLT SCHADENERSATZ

Shawan Jabarin, Generaldirektor von Al Haq, hat mit Unterstützung des European Legal Support Centers ELSC die italienische Zeitung Corriere della Sera zur Rechenschaft gezogen, weil sie ihn vor drei Jahren verleumdet hatte, nachdem Israel sechs palästinensische Menschenrechtsorganisationen, darunter Al Haq, als **„Terrororganisationen“** bezeichnet hatte, eine Taktik der israelischen Regierung, um palästinensische Stimmen zu unterdrücken, wie ELCS im August berichtete. Die Zeitung hat ihre rassistische Aussage zurückgezogen und eine Entschädigung von rund 15.000 Euro gezahlt.

WAFFENLIEFERUNGEN AUS DER EU AN ISRAEL

„Partner im Verbrechen – Die Mitschuld der EU an Israels Völkermord in Gaza“ heißt eine Studie des Transnationalen Instituts (TNI). Das Amsterdamer Institut wird von der Politikwis-

senschaftlerin Susan George geleitet. Die Studie beschreibt die EU eng an der Seite Israels. Sie habe monatelang darüber debattiert, ob sie eine „Pause“, „Pausen“, „ein Fenster“, „Fenster“ oder einen „Waffenstillstand“ fordern solle, bis sie schließlich im März 2024, als bereits mehr als 30.000 Menschen in Gaza getötet waren, zu **„einer sofortigen humanitären Pause, die zu einem dauerhaften Waffenstillstand führt“** aufrief. Die EU-Mitgliedstaaten würden erheblich zur militärischen Stärke Israels beitragen, sowohl in Bezug auf die Entwicklung der israelischen Rüstungsindustrie als auch durch Waffenlieferungen. Deutschland ist Israels zweitgrößter Waffenlieferant nach den USA, mit Waffenexportgenehmigungen im Wert von 880 Millionen Euro zwischen 2018 und 2022. Dies entspricht der Hälfte der Waffenexporte der EU in diesem Zeitraum. Im Jahr 2023 verzehnfachten sich die deutschen Ausfuhren nach Israel von 32,3 Millionen Euro auf 326,5 Millionen Euro. Nach Deutschland waren Rumänien, Frankreich, Italien, die Tschechische Republik und Spanien (in abnehmender Reihenfolge des Ausfuhrwerts) die größten Waffenexporteure der EU nach Israel.

EU-EINREISEVERBOT FÜR GEWALTTÄTIGE SIEDLER

Die EU-Staaten haben ein Einreiseverbot gegen einzelne gewalttätige Siedler erlassen, nachdem die Regierung Biden im Februar Richtlinien für die Benennung von Personen und Einrichtungen für Sanktionen geschaffen hatte. 24 Personen und Organisationen kamen auf die US-Liste. Mit diesen Schritten sind die westlichen Hauptstädte weiter gegangen, als sie bisher bereit waren zu gehen, und haben den israelischen Behörden signalisiert, dass sie die Gewalt der Siedler als ernstes Problem betrachten, das dringend gelöst werden muss. Die Bestrafung von Einzelpersonen verschleierte jedoch den Kern des Problems, schreibt die „International Crisis Group“. Sie verstärkt das Bild, dass es einige wenige Gesetzesbrecher gibt, die außerhalb des staatlichen Einflussbereichs handeln, und entlastet somit die Regierung.

VORSCHNELLER ANTISEMITISMUSVORWURF

Professor Marc Helbling und Professor Richard Traummüller von der Universität Mannheim haben Pro-Palästina Proteste, Antizionismus und

Antisemitismus in Deutschland untersucht. Ihre Ergebnisse: Der an das junge, linke und akademische Milieu gerichtete Antisemitismusvorwurf ist vorschnell – tatsächlich handelt es sich um die am wenigsten antisemitisch eingestellte Gruppe in Deutschland. Was junge, linksorientierte Menschen mit Hochschulabschluss tatsächlich auszeichnet, ist eine ausgeprägte pro-palästinensische Haltung. Pro-palästinensische Einstellungen hängen kaum oder nur in geringem Maße mit traditionellem Antisemitismus zusammen. Der richtige Umgang mit israelkritischen Positionen auf Demonstrationen, an Universitäten und in den sozialen Medien spalte die deutsche Bevölkerung. (GIP POLICY BRIEF 2/24)

BAERBOCK: „ZIVILE ORTE KÖNNEN IHREN SCHUTZSTATUS VERLIEREN“

Die unabhängige UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese hat die Äußerungen von Außenministerin Annalena Baerbock über Selbstverteidigung kritisiert. Sie sei „zutiefst besorgt über die Haltung Deutschlands zu Israel/Palästina und deren gefährliche Auswirkungen und Folgen.“ Ministerin Baerbock sollte dazu aufgefordert werden, den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen und dann zu erklären, wie „zivile Orte, die ihren Schutzstatus verlieren“ die Massaker rechtfertigen, die Israel in Gaza und anderswo verübe. „Hat Deutschland beschlossen, sich an die Seite eines Staates zu stellen, der internationale Verbrechen begeht, so ist dies eine politische Entscheidung, die aber auch rechtliche Konsequenzen hat. Möge die Gerechtigkeit siegen, wo die Politik auf abscheuliche Weise versagt hat.“

Annalena Baerbock hatte in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 10. Oktober gesagt: „Selbstverteidigung bedeutet natürlich, dass man Terroristen nicht nur angreift, sondern zerstört. Deswegen habe ich so klar und deutlich gemacht: Wenn Hamas-Terroristen sich hinter Menschen, hinter Schulen verschanzen, dann kommen wir in ganz schwierige Bereiche. Aber wir ducken uns davor nicht weg. Deswegen habe ich vor den Vereinten Nationen deutlich gemacht: Dann können auch zivile Orte ihren Schutzstatus verlieren,

weil Terroristen diesen missbrauchen. Dazu steht Deutschland. Das bedeutet für uns Sicherheit Israels.“

DEUTSCHLAND WILL WEITER WAFFEN NACH ISRAEL LIEFERN

Deutschland ist nach den USA der zweitwichtigste Waffenlieferant Israels. Nicaragua hat deshalb vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord eingereicht. Zwar sahen die Richter*innen von einem von Nicaragua geforderten einstweiligen Verbot von weiteren Waffenexporten ab – Deutschland hatte vor dem Gericht dargelegt, dass es seit November 2023 keine Kriegswaffen mehr nach Israel exportiert hätte – aber abgeschlossen ist das Verfahren entgegen deutscher Erwartungen damit nicht. Bei der Bundestagsdebatte zum Jahrestag des 7. Oktober warf Oppositionsführer Merz der Bundesregierung vor, Rüstungsexporte nach Israel blockiert zu haben. Bundeskanzler Scholz widersprach, Deutschland werde weiter Rüstung nach Israel liefern.

UNO VERLANGT ENDE DER BESATZUNG

Die UN-Generalversammlung hat in ihrer Resolution A/RES/ES-10/24 vom 18. September das jüngste Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Juli 2024 angenommen. In der Resolution wird unter anderem gefordert, dass Israel „seine unrechtmäßige Präsenz“ in den besetzten palästinensischen Gebieten innerhalb von zwölf Monaten unverzüglich beendet.

Auf dieser Grundlage haben 39 UN-Menschenrechtsexperten die Staaten der Welt zum Handeln aufgefordert. „Alle Staaten sind rechtlich verpflichtet, dem Rechtsgutachten des IGH nachzukommen.“ Daher sollten die Staaten u.a.:

- ihre diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel überprüfen. Sie dürfen die unrechtmäßige Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht unterstützen.
- Veränderungen des physischen Charakters oder der Bevölkerungszusammensetzung, der institutionellen Struktur oder des Status des

besetzten palästinensischen Gebietes nicht anerkennen.

- Sicherzustellen, dass das palästinensische Volk in den besetzten palästinensischen Gebieten sein Recht auf Selbstbestimmung in vollem Umfang ausüben kann, auch durch Anerkennung des Staates Palästina.
- Verhängung eines vollständigen Waffenembargos gegen Israel, das alle Waffenvereinbarungen, -einführen, -ausführen und -transfers stoppt
- Verbot der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die aus der Kolonisierung der besetzten palästinensischen Gebiete und anderen rechtswidrigen Aktivitäten stammen
- Handelsabkommen und akademische Beziehungen mit Israel, die zu seiner unrechtmäßigen Präsenz und seinem Apartheidregime in den besetzten palästinensischen Gebieten beitragen können, aussetzen oder beenden.
- Sanktionen verhängen, einschließlich Vermögen einfrieren von Israelis, Unternehmen, Körperschaften und Finanzinstitutionen, die an der rechtswidrigen Besetzung und dem Apartheidregime beteiligt sind, sowie gegen alle ausländischen oder inländischen Einrichtungen und Einzelpersonen, die Waren und Dienstleistungen liefern, die die Besetzung und das Apartheidregime unterstützen oder ermöglichen.
- Allen Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft, den Dienst im israelischen Militär oder in anderen Diensten, die zur Besetzung und zum Apartheidregime beitragen, sowie den Kauf oder die Anmietung von Immobilien in den besetzten palästinensischen Gebieten untersagen.
- Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung derjenigen, die ihrer Gerichtsbarkeit unterliegen und in Verbrechen in den besetzten palästinensischen Gebieten verwickelt sind, einschließlich der Doppelstaatsbürger, die im israelischen Militär dienen, einschließlich der Söldner oder derjenigen, die an der Gewalt der Siedler beteiligt sind.
- Gesetze und Maßnahmen aufheben, die das Eintreten für das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung und den gewaltlosen Widerstand gegen die israelische Besetzung und Apartheid kriminalisieren und bestrafen, einschließlich der Unterstützung der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS).
- die Ergebnisse des Gerichtshof verbreiten, damit der Status des besetzten Westjordanlands, einschließlich Ost-Jerusalems und des Gazastreifens, und die Unrechtmäßigkeit der israelischen Präsenz in öffentlichen Dokumenten und im Bildungssystem zum Ausdruck kommen.



Schule in Gaza

Justiz schärft Gewissen für Menschenrechte – aber ist ohne Durchsetzungsgewalt

Der expansive und aggressive Zionismus war bei Ben Gurion schon angelegt und wurde von Wladimir Zeev Jabotinsky weiter in die jüdische Gesellschaft gepflanzt. Die Radikalität dieser Ideologie scheute vor Krieg und militärischer Gewalt nicht zurück. Allerdings werden das Ausmaß und die Unbedingtheit dieser Radikalität erst jetzt in Gaza deutlich, wo die politische und militärische Führung die Schwelle zum Völkermord überschreitet.

Trotz aller öffentlichen Kritik an der gnadenlosen Kriegsführung der israelischen Armee – wenn es zur Abstimmung in der UNO kommt, kann Israel auf den Schutz der USA bauen. Die Stimmhaltung der USA bei der Forderung nach einem Waffenstillstand im Sicherheitsrat sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA derzeit nicht gewillt sind, dieses Votum auch gegenüber der israelischen Regierung durchzusetzen.

Der Konflikt war von Anfang an ein Siedlerkonflikt um Land und Ressourcen. Er war nie friedlich, die Siedler nie willkommen. Zahlreiche anglo-amerikanische Kommissionen, die das Land vor 1948 bereisten, haben die Ablehnung der fremden Kolonisatoren immer wieder bezeugt.

Die Hamas hat auch in ihrer neuen Charta von 2017 das Ziel, das palästinensische Territorium „from the River to the Sea“ vom „zionistischen Projekt“ zu befreien. Wiederholt betont die Charta das Recht auf Widerstand mit allen Mitteln, zu denen auch der bewaffnete Kampf gehört. Dieses ist ein Recht, welches das Völkerrecht, insbesondere das Erste Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen von 1977 in Art. 1 Absatz 4 allen Befreiungsbewegungen einräumt. So sehr es auch allen Parteien und Fraktionen in Regierung und Parlament widerstrebt, die Hamas ist eine Befreiungsbewegung mit dem Recht auf bewaffneten Widerstand. Das verpflichtet sie jedoch gleichzeitig, die Regeln des humanitären Völkerrechts zu beachten, vor allem den Schutz der Zivilbevölkerung. Jeder Angriff auf zivile Einrichtungen und Personen beim 7. Oktober 2023 ist ein Kriegsverbrechen und muss strafrechtlich untersucht und verfolgt werden.

Israel hat seit dem Krieg 1967 eine tiefe Verachtung des geltenden Völkerrechts durch seine Besetzung gezeigt. Es sind jetzt insgesamt vier Gerichtsverfahren vor den beiden Internationalen Gerichten in Den Haag gegen Israel anhängig.

Es geht um zwei Forderungen vor dem Internationalen Gerichtshof: eine nach sofortigem Waffenstillstand, die andere um die Feststellung, dass der Krieg in Gaza ein Völkermord sei. Der Internationale Gerichtshof konnte sich erst nach dem dritten Antrag Ende Mai entschließen, den sofortigen Waffenstillstand zu fordern. Das Gericht hat auch gesagt, dass der Vorwurf des Völkermords plausibel sei, eine endgültige Entscheidung darüber kann aber noch Jahre dauern.

Haben sich die Chancen für einen Frieden durch die Einschaltung der Internationalen Gerichtsbarkeit erhöht? Es ist eine Illusion zu glauben, die Justiz könnte das erreichen, was die Politik nicht kann. Sie hat keine Durchsetzungsgewalt und ist für die Durchsetzung ihrer Entscheidungen auf die Politik, genauer den UN-Sicherheitsrat, angewiesen. Dennoch, in der Geschichte der Staaten ist die seit 2000 in Den Haag errichtete Strafgerichtsbarkeit ein historischer Fortschritt. Es begann 1945–1949 mit dem Nürnberger Tribunal der Alliierten. Es dauerte dann gut 50 Jahre der Verhandlungen, bis die Staaten 1998 ein internationales Strafgesetzbuch, das Römische Statut, verabschiedeten, dem bisher 124 Staaten beigetreten sind.

Blättern wir zurück. So brutal dieser Krieg seit dem 7. Oktober geführt wird und so sehr die Selektion der Ziele und Gnadenlosigkeit der Bombardierungen den genozidalen Charakter dieses Krieges unterstreicht, so hat er doch paradoxerweise die Bedeutung seiner derzeit einzigen Gegenkraft, der internationalen Justiz, gestärkt. Gerichtliche Verfügungen und Urteile können das menschenrechtliche Gewissen der engen Freunde Israels, die dieses Gewissen so gerne vor sich hertragen, schärfen und mobilisieren. Dazu bleibt es in der Suche nach Frieden notwendig, auch ihre Wirkung und Durchsetzungskraft zu stärken.

NORMAN PAECH

Warum Deutschland Palästina anerkennen muss

Neue Verpflichtungen für die deutsche Außenpolitik ergeben sich aus folgendem internationalen Verfahren: In einem von der UN-Vollversammlung in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten vom 19. Juli 2024 urteilte der Internationale Gerichtshof IGH in Den Haag mit eindeutigen Worten, dass die israelische Besetzung der Westbank, des Gazastreifens einschließlich der Annexion Ostjerusalem einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Israel sei verpflichtet, die Besetzung unvermittelt zu beenden. Der Siedlungsbau sei sofort einzustellen. Israel müsse alle Siedler aus den gesamten besetzten Gebieten evakuieren. Dabei unterscheidet das Gericht nicht zwischen sogenannten legalen und illegalen Siedlungen. Damit widerspricht der IGH der Logik der Oslo-Verträge, auf der die Nahostpolitik der USA sowie auch Deutschlands beruhte. In den Oslo-Verhandlungen waren Grenzziehungen, das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, die Kontrolle über Ressourcen und Außengrenzen, die Flüchtlingsfrage, Ostjerusalem und die Zukunft der Siedlungen Subjekt bilateraler Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde mit offenem Ausgang.

Der IGH hat demgegenüber festgestellt, dass die Palästinenser*innen ein ius-cogens (bedingungsloses) Recht auf nationale Selbstbestimmung in allen 1967 von Israel besetzten Gebieten haben – unabhängig von israelischen Bedingungen oder der Zustimmung durch die israelische Regierung. Der IGH fordert die UN-Mitgliedsstaaten auf, alles zu unterlassen, was diesen „illegalen Zustand“ – so das Rechtsgutachten – aufrechterhält. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit einer fundamentalen Revision deutscher Nahostpolitik. Das Rechtsgutachten wurde von der UN-Vollversammlung gegen die Voten von Israel, USA, Ungarn, Tschechien und zehn weiteren Ländern angenommen. Deutschland hatte sich enthalten. Es ist höchste Zeit für ein Waffenembargo gegen Israel, Importverbote für Produkte aus den Siedlungen und die Verhängungen von Sanktionen gegen Siedler und deren Organisationen. Auf der Basis des Rechtsgutachtens erklärten mehrere europäische Länder – Norwegen, Irland, Slowenien und Spanien – Palästina formal als Staat anzuerkennen. Weltweit haben inzwischen 146 Staaten den Staat Palästina anerkannt. Es ist überfällig, dass Deutschland dies auch tut.

IVESA LÜBBEN

KOMMENTARE

Die Wahl von Donald Trump verschafft Netanjahu Rückenwind und den Palästinenser*innen eine neue Enttäuschung

Joe Biden bleiben nur noch wenige Wochen bis er sein Amt als US-Präsident an Donald Trump übergibt. Als amtierender Präsident hat er kaum Einfluss auf Netanjahu gehabt und es wird ihm bis Januar weiterhin nicht vergönnt sein, eine weltweit geforderte Waffenruhe in Gaza und die Freilassung der Hamas-Geiseln zu erreichen. Netanjahu hat Joe Biden mehrfach brüskiert und die USA vor vollendete Tatsachen gestellt und sehnsüchtig auf eine Wiederwahl

von Donald Trump gehofft. Israels rechtsgerichtete und von fundamental religiösen Parteien beherrschte Regierung, besteht darauf, ein Groß-Israel auf Kosten Palästinas zu verwirklichen. Sie scheut nicht davor zurück, sich mit allen Nachbarländern zu bekriegen, wohlwissend, dass die USA niemals Israel in Stich lassen würden, unabhängig davon, wer dort regiert. Mit dieser absoluten Gewissheit operiert Netanjahu und provoziert ständig, um zu behaupten, Israels Sicherheit sei gefährdet und Israel müsse sich verteidigen.

Joe Biden hat immer wieder bekräftigt, dass er, obwohl kein Jude, doch ein Zionist sei und betonte, dass seine Unterstützung des Staates Israels unerschütterlich und bedingungslos sei. Der bisherige Präsident hätte den Krieg in Gaza durchaus beenden, einen neuen im Libanon und einen drohenden mit Iran verhindern können, wenn er sich für einen Stopp der Waffenlieferungen und der Fördermittel an Israel entschieden hätte. Es ist ziemlich sicher, dass die USA diesen Unterstützer-Kurs auch in Zukunft beibehalten werden. Insofern ist es für die benachteiligten Palästinenser*innen ziemlich belanglos, wer in den USA regiert.

Die Wahl von Donald Trump verschafft Netanjahu Rückenwind und den Palästinenser*innen eine neue Enttäuschung. Während seines Wahlkampfes hat Trump immer wieder behauptet, er könne die Kriege



Nazih Musharbash
Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

im Gazastreifen und im Libanon beenden und Frieden in die Region bringen. Eine verlockende Botschaft für die friedenswilligen arabischstämmigen Wähler in den USA, die üblicherweise demokratisch wählen, diesmal jedoch für Trump stimmten. Andererseits sagte Trump, Israel habe das Recht, den „Job in Gaza“ zu beenden. Ein Donald Trump, der nach einem Blick auf die Karte Israels bemerkte, dieses Land müsse größer werden, ist Netanjahu allemal lieber als eine Demokratinnen Kamala Harris. Von ihr war ohnehin kaum erwartet worden, dass sie einen härteren Kurs gegen Netanjahu hätte einschlagen können und wollen.

Trump wird seinem Ego treu bleiben und wird weiterhin seinen „Jahrhundert Friedensplan“ und die Abrahamitischen Abkommen zwischen Israel und einigen konservativen arabischen Staaten verfolgen und möglicherweise einen Ministaat, allerdings ohne Ost-Jerusalem für die Palästinenser*innen präsentieren. In seiner ersten Amtsperiode hatte Trump fast alle fünf, nach dem Oslo Abkommen noch offenen Fragen, eigenhändig und zu Gunsten Israels gelöst: Jerusalem, Siedlungsbau und Grenzziehung. Geblieben war noch die Frage des Rückkehrrechts der Palästinenser*innen. Doch durch den Beschluss der israelischen Regierung, die UNRWA zu verbieten, ist eine für Trump willkommene Vorentscheidung gefällt worden. Mit der Beendigung der UNRWA-Arbeit würde es keine Organisation mehr geben, die sich ausschließlich um die Versorgung, Bildung und Betreuung von palästinensischen Flüchtlingen seit über 70 Jahren gekümmert hat. Und damit würden Israel und die USA siegreich erklären, das Flüchtlingsproblem gelöst zu haben.

Auch Trump muss es wissen, ohne Beendigung der israelischen Besatzung und die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser*innen wird es keinen Frieden geben!

NAZIH MUSHARBASH

**RT
WORT
EIN
WORT
AUF**

THEATERPROJEKT IN DER WESTBANK

【 】 Professor Johannes Klaus, erfahrener Theaterfachmann und früherer Schauspieler, hat ein Projekt zur Ausbildung von Lehrkräften in der Westbank geplant. An drei Schulen im Westjordanland sollen im Austausch mit drei Schulen in Hessen Lehrkräfte Theaterstücke inszenieren. Das Projekt stockt angesichts des schlimmen Siedlererrors und der allgemeinen schwierigen Lage durch den Gaza-Krieg. Von den beteiligten Mitarbeitenden, Regisseuren und Schauspielern waren einige bereits Teil eines früheren Theaterprojektes in Ramallah. In Abstimmung mit Riyad Swallah vom palästinensischen Bildungsministerium und Dr. Said von der Universität in Nablus ist außerdem ein Schauspielstudium und eines für Filmregie geplant. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Rahmenbedingungen vor Ort wieder verbessern und das Projekt wie geplant realisiert werden kann.

Kontakt: DETLEF GRIESCHE

Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

50. GAZA-DEMO IN BREMEN



【 】 Am 1. September fand in Bremen die 50. allwöchentlich stattfindende Laufdemonstration mit knapp tausend Demonstrierenden statt, die vom Bahnhofvorplatz durch die belebte Stadt zum Marktplatz führte. An einer der zentralsten Verkehrsachsen Bremens durfte fast eine halbe Stunde lang der Verkehr für die Rede des Präsidenten der DPG Nazih Musharbash sowie die szenischen Darstellungen von drei palästinensischen Gruppen über die Besatzung gestoppt werden. Das von Marlies und Sönke Hundt gefilmte Video findet man auf der Homepage der DPG Bremen und auf Weltnetz.

<https://youtu.be/VHN1LYwXWbs>



DETLEF GRIESCHE

Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

NACHRUF

**AUF
DR. GERHARD FULDA**

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. trauert über den Verlust ihres Beiratsmitglieds Dr. Gerhard Fulda, der im Alter von 85 Jahren verstorben ist.

1970 begann Dr. Fulda seine Tätigkeit als Jurist im Auswärtigen Amt und war als Diplomat in Marokko, Saudi-Arabien und Ägypten tätig. Dadurch hat er sich einen guten Überblick über die arabische Welt verschaffen können. Seine Expertisen zum Nahostkonflikt waren für viele Organisationen von besonderer Wichtigkeit. So war er jahrelang Vizepräsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, sowie Mitglied des Beirats der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. und zudem Mitgründer des Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzung e.V.

In seinen zahlreichen Vorträgen, Artikeln und Interviews analysierte er fachkundig wie kein anderer den israelisch-palästinensischen Konflikt. Dabei kritisierte er Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür, die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson zu erklären. Unvergessen bleiben seine diplomatischen Bemühungen mit anderen 32 ehemaligen deutschen Botschaftern in der arabischen Welt, die Bundesregierung zu veranlassen, die Rechte der Palästinenser dadurch zu respektieren, indem bei den Vereinten Nationen der Staat Palästina anerkannt werden sollte.

Die DPG verneigt sich mit Dank und Respekt vor der Treue des Verstorbenen zum palästinensischen Volk und wird ihn in guter Erinnerung behalten.

NAZIH MUSHARBASH

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

Wie Ihre Spenden verwendet wurden

VIELEN DANK FÜR DIE GROSSZÜGIGEN SPENDEN!

Mit Ihrer Hilfe und in Ihrem Auftrag konnte die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. Ihre Spende zweckgebunden wie folgt weiterleiten:

Jordan Valley – Prothese Abu Ahmad	€ 7.224,00
Städtepartnerschaft Brühl-Battir	€ 1.500,00
Erdbebenhilfe	€ 850,00
Peaceproject Café am Ende	€ 150,00
Studium-Beihilfe	€ 9.000,00
medico international – Gazahilfe	€ 27.947,00
Theater-Zuschuss	€ 2.746,00
Reporter ohne Grenzen – Gazahilfe	€ 2.000,00
Caritas International – Gazahilfe	€ 2.000,00
Lebensmittel für Gaza	€ 1.800,00
Polio Impfung – Gazahilfe	€ 2.060,00

WEITERE HILFE IST NÖTIG

Wir freuen uns, wenn Sie das von der DPG unterstützte und vorgesehene Projekt zur Herstellung und Bereitstellung von Prothesen für verletzte Kinder in Gaza unterstützen.

Die DPG unterstützt eine Gruppe von palästinensischen Mediziner*innen und Techniker*innen in Deutschland und in anderen europäischen und arabischen Ländern, die Kindern in Gaza orthopädisch und psychisch helfen will.

DAS PROJEKT: WIR SUCHEN HOFFNUNG IN DEN AUGEN DER KINDER

Unter den schwierigen Bedingungen in Gaza leiden Kinder unter einem Hoffnungsverlust aufgrund anhaltender Kriege und Konflikte. Wir, als palästinensische Freunde aus Palästina und ausländische Ingenieure im Ausland, fühlen uns gegenüber diesen Kindern, die aufgrund dieser harten Bedingungen so viel verloren haben, darunter viele, die ihre Gliedmaßen verloren haben, verpflichtet. So entstand unsere Initiative, um Hoffnung und Vertrauen für diese Kinder wiederherzustellen, ihnen zu helfen, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und ein positives und sinnvolles Leben zu schaffen.

Wir wollen Teil der Lösung zu sein und dazu beizutragen, das Leben dieser Kinder zu verbessern, indem wir eine Werkstatt für Prothesen erstellen. Diese wird Kindern, die ihre Gliedmaßen verloren haben, kostenlos Prothesen zur Verfügung stellen. Der Beginn der umfangreichen Arbeit und die Einführung der Herstellungselemente für verschiedene Teile der Prothetik erfolgt unter Verwendung moderner Technologie. Unser Ziel ist es, so viele

bedürftige Kinder wie möglich zu erreichen und Teil der Renaissance der zukünftigen Generation zu sein.

Der Plan, an dem wir arbeiten, umfasst die Einrichtung der Werkstatt innerhalb von maximal sechs Monaten sowie die Berufung und Schulung der erforderlichen Kader, um mit verschiedenen Fällen von Kindern arbeiten zu können. Unser Ziel ist es, Kindern im ersten Jahr sieben bis zehn Prothesen pro Monat zur Verfügung zu stellen, während sie gleichzeitig physisch und psychisch darin geschult werden, die Prothese zu erhalten, zu akzeptieren und in ihrem täglichen Leben zu verwenden. Danach werden wir die Produktivität auf 15 Prothesen pro Monat steigern.

In der Anfangsphase werden wir auf direkte und indirekte Spenden von Einzelpersonen, Wohltätigkeitsorganisationen und gemeinnützigen Organisationen angewiesen sein. Im Laufe der Zeit werden wir daran arbeiten, das Projekt vor Ort zu entwickeln, um die Kosten zu reduzieren. Deshalb sind wir auf Hilfe und finanzielle Unterstützung angewiesen. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden später für die Gründung anderer Abteilungen verwendet, die der palästinensischen Gemeinschaft dienen, insbesondere in Gaza. Wir setzen auf eine Expansion unserer Arbeit und die Kooperation mit verschiedenen Firmen in Europa und NGOs und auf eine einvernehmliche Zusammenarbeit mit unseren philanthropischen Partnern.

Wir glauben, dass Hoffnung auf das Leben trotz des Leidens, in jedem Kind vorhanden ist. Darauf bauen wir auf und wollen eine bessere Zukunft ermöglichen. Mit dieser Initiative wollen wir diesen Kindern die Hoffnung wiederherstellen und ihnen helfen, ein besseres Leben für sich und ihre Mitmenschen aufzubauen. Wir sind entschlossen, hart zu arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, und wir freuen uns auf Ihre Unterstützung, um diesen Traum zu verwirklichen.

Gemeinsam können wir das Leben dieser Kinder wirklich verändern und ihnen Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben.

NAZIH MUSHARBASH



Diya al-Adini, 15 aus Deir Al Balah, hat gerne fotografiert, bis er seine Arme bei einem israelischen Angriff im August verloren hat. Der Junge wird bereits von einem anderen Projekt betreut. Das Foto soll illustrieren, um was es in dem, von der DPG unterstützten Projekt „Wir suchen Hoffnung“ geht.

Ursula Mindermann wollte wissen wie es jungen palästinensischen Skateboardern derzeit geht und befragte sie.

Ihre Antworten:

Aram Sabbah, Ramallah, Westjordanland:

„Wenn der Krieg beginnt, hört alles auf.“

„Deine Willenskraft und dein Wunsch zu skaten verschwinden, nicht nur um zu skaten, sondern um ein normales Leben zu führen.“

„Wie können wir hier skaten, wenn wir wissen, dass Rajab-al-Reeti und die anderen Skater in Gaza kein Wasser, keinen Strom, kein Essen und keine Unterkunft finden?“

„Es fühlt sich an, als würden wir sie verraten, wenn wir ein normales Leben führen.“

Omar Hattab Qalqilyah, Westjordanland:

„Wie kann ich skaten und das Recht dazu haben, wenn es Menschen gibt, die nicht das Recht haben, nur wenige Kilometer entfernt zu leben?“

„Unser geistiger Zustand ist zu erschöpft, um Skaten oder irgendetwas im Allgemeinen zu genießen.“

„Unsere Gefühle und unsere Menschlichkeit lassen es nicht zu, dass wir noch einmal durch das Tor des Skatens gehen. Etwas so Befreiendes wie Skateboarding wird sich irgendwann wieder einstellen, aber erst, wenn wir wissen, dass es unserer Familie und unseren Freunden in Gaza gut geht.“

Ali Nofal, Qalqilyah, Westjordanland:

„Es ist, als hätten wir ein Leben gelebt, und dann hat sich alles verändert, und jetzt leben wir ein völlig anderes.“

„Wie kann ich skaten, wenn ich weiß, dass meine Brüder im Westjordanland und im Gazastreifen jede Sekunde umgebracht werden? Es einfach nicht zu registrieren?“

„Die Straßen sind geschlossen und selbst wenn sie offen wären, würde dein Gewissen dir nicht erlauben, sie zu genießen und die gleichen Gefühle und die Freiheit zu spüren, die sie dir früher gegeben haben.“

Suhaib Aljayuossi, Qalqilyah, Westjordanland:

„Ich habe das Gefühl, dass ich nicht skaten darf“

„Es fühlt sich an, als hätten sie mir die Beine weggenommen, nicht nur zum Skaten, sondern sogar zum Gehen.“

„Das Gefühl des Skateboardens und die Freiheit, die es dir gibt, zu verlieren ist, als ob du dein Leben, dein Zuhause verlierst.“

Ausstellung „Skateboarden in Gaza“

Die von Ursula Mindermann betreute Foto-Ausstellung über Skateboarden in Palästina wird unter der Schirmherrschaft des „Network of Photographers for Palestine“ mit Sitz in Edinburgh, in Kooperation mit Titus Dittmann und „skate-aid international e.V.“ und der „Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft DPG e.V.“ angeboten und gezeigt. Die Fotos zeigen den Sport, die Begeisterung und das Skateboarden im Alltag unter der Besatzung in Palästina. Es ist immens wichtig in der Zeit der Unsicherheit, dass Kindern eine solche Möglichkeit angeboten wird, damit sie in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt, ihre eigenen Schwächen und Stärken erkennen und ihre Persönlichkeit entwickeln können.



Dareena Haddad, Ramallah, Westjordanland:

„Es ist so unfair, dass wir uns aussuchen können, wie wir unseren Tag mit Aktivitäten wie Skaten füllen, während die Menschen in Gaza nicht sicher sind, ob sie noch einen weiteren Tag leben werden, um vielleicht wieder skaten zu können.“

„Es fühlt sich sehr berechtigt an, sich darüber zu beschweren, dass man wegen des psychischen Tributs, den dieser Krieg fordert, keine Motivation zum Skaten hat.“

„Es fühlt sich falsch an, sich zu versammeln und irgendwo zu skaten, wie wir es früher getan haben.“

FOTO // SKATE-AID E.V. MÜNSTER



Maen Hammad, Washington, D.C.:

„Ich sage immer, dass Skateboarding eine Art von Widerstand und Flucht ist, um sich ein bisschen frei zu fühlen. Was bedeutet es, dass ich nicht mehr skaten kann?“

„Skateboarding steht so weit unten auf der Liste der Dinge, die ich tun sollte, und es ist schwer, meinen Kopf und mein Herz von Palästina und den Geschehnissen in Gaza abzuwenden.“

„Ich glaube, ich muss wieder skaten, weil ich nicht mehr derselbe bin: Ich war noch nie so wütend und fühle mich beschissen, weil das israelische Regime mir die Freude daran genommen hat, also fühle ich mich verpflichtet, wieder damit anzufangen.“

Bericht über die DPG-Tagung 2024

Die palästinensische kommunistische Knesset-Abgeordnete **Aida Touma Suliman** (seit 2015 im Parlament) ist eigens zu unserer Jahrestagung angereist und hat den Auftaktvortrag gehalten. Mit vielen Beispielen verdeutlichte sie den immensen politischen Druck auf die arabische Bevölkerung und auf die palästinensischen Mitglieder des israelischen Parlaments. Als sie einmal nur einen britischen Bericht über die Bombardierung des Al-Shifa-Krankenhauses in Gaza zitierte, wurde sie in fast allen israelischen Zeitungen als Lügnerin dargestellt, die die israelische Armee beschuldigen würde, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Ihr Ausschluss aus der Knesset für zwei Monate war eine repressive Maßnahme, um eine Botschaft an ihre Wähler zu senden: **„Überlegt euch zweimal, was ihr sagt. Wenn wir das mit eurer politischen Vertretung machen können, könnt ihr euch vorstellen, was mit euch passiert.“**

Die Christin Touma-Suleiman ist Mitbegründerin der Internationalen Frauenkommission für Gerechtigkeit und Frieden und Sekretärin des Weltfriedensrates. Sie ist Befürworterin der Zweistaatenlösung. Scharf kritisierte sie die arabischen Länder, die durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Israel die erdrückende Unterwerfung der Palästinenser **„normalisieren“** wollen. Es sei **„wichtig für die Palästinenser*innen, ihre arabische Identität zu bewahren.“**

In seiner Begrüßung dankte Präsident Nazih Musharbash dem Gastreferenten für seine Zusage und die Bereitschaft, die unsägliche Situation aus seiner Perspektive darzustellen und anschließend für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung zu stehen. Damit wolle man, so Musharbash, nicht immer **„im eigenen Saft“** diskutieren. **Meron Mendel**, der die israelische Politik unter Netanjahu und den extremrechtsgerichteten und religiösen Ministern scharf kritisierte und sich eine andere deutsche Nahostpolitik wünscht, sprach sich ohne Wenn und Aber für die Beendigung der israelischen Besatzung und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser*innen in den Grenzen von vor 1967 aus. Als Israeli und Jude hat er den Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 sehr scharf und als erklärte Vernichtung von Zivilist*innen verurteilt. Auf der einen Seite sprach er sich für das Recht Israels aus, sich zu verteidigen. Auf der anderen Seite könne er die Wut und Zerstörung nicht ohne weiteres hinnehmen. Anstatt und ständig sich

gegenseitig mit Gewalt und Hass zu bekämpfen, sollten alle friedlichen Aktivist*innen auf beiden Seiten endlich zusammenarbeiten, um aus dieser Gewaltspirale herauszukommen. Als Ausweg sprach sich Mendel für die Anerkennung des jeweils anderen Narrativs aus, was gesamtgesellschaftlich verankert werden sollte. Meron Mendel bedankte sich für die Einladung, die so selbstverständlich gar nicht sei und äußerte sich positiv, dass die Gemeinsamkeiten der Ansichten doch überwiegen.

Jules El-Khatib hat Verwandte in Israel und im Libanon. Der Referent konnte viel über die Lage der palästinensischen Jugend vor Ort berichten, dass sie schlecht sei, dass es ihr an Freiraum, Sicherheit und an Perspektive fehle und dass junge Menschen an Arbeitslosigkeit und Armut leiden. Sowohl in der Heimat als auch hier in Deutschland hätten palästinensische Jugendliche genug Gründe gegen die erdrückende israelische Vorherrschaft und Militärgewalt zu protestieren. Seit Oktober 2023 wird ein Vergeltungskrieg unter der Bezeichnung „Verteidigungskrieg“ gegen alle Palästinenser*innen in Gaza durchgeführt. Ausmaß und Auswirkung dieser Angriffe mit nahezu über 40.000 Toten mit Zerstörungen von Gebäuden, Universitäten, Krankenhäusern und anderer wichtiger Infrastruktur, begleitet von Hunger und Mangel an medizinischer Versorgung, sind kaum mehr auszuhalten. Gerade deshalb wird von der deutschen Politik ein Umdenken verlangt. Hier lebende Palästinenser*innen entfernen sich von der deutschen Politik und „ihrer Demokratie“. Sie vermissen einen Hauch an Empathie und Anteilnahme an ihrer Trauer und einen Stopp ihrer Kriminalisierung und Diskriminierung. Man rede zu oft über die Palästinenser*innen, doch in den seltensten Fällen werde mit ihnen gesprochen, mahnte El-Khatib an. **Nazih Musharbash** hat seinen Essay aus dem Sammelband „trotzdem sprechen“ vorgetragen, in dem er die Stimmung seit dem 7. Oktober 2023 als Generalverdacht gegen hier lebende Palästinenser, Muslime und Arabischstämmige bewertet.

Der Mitarbeiter von medico international, **Riad Othmann**, stellte die katastrophale humanitäre und medizinische Lage der Bevölkerung im Gazastreifen nach den ständigen Bombardierungen durch die israelische Armee vor. Für mindestens eine Million Menschen ist das eine lebensbedrohliche Situation, die durch Hunger und mangelnde medizinische Versorgung immer

schlimmer werde, weil sich die israelischen Behörden jedweder Beförderung und Öffnung von Übergängen widersetzen. Dabei bedienen sich die israelische Armee einem bekannten Muster: per Befehl vor Ort oder durch den Abwurf von Flugblättern wird die Zwangsevakuierung der Bevölkerung in so genannte „sichere Zonen“ angeordnet. Dass Menschen in solchen Zonen dennoch bombardiert und getötet werden, stellt einfach ein Verstoß gegen das Völkerrecht dar, weil solche Warnungen völkerrechtswidrig sind. Die USA und die EU müssen den Druck auf Israel erhöhen, damit die Transporte in den Gazastreifen möglich sind.

Reham Owda, die nur wenige Wochen zuvor aus Gaza flüchtete, konnte die Reise nach Deutschland nicht antreten und hat deshalb per Zoom-Schaltung referiert. Owda, die sonst analytisch und beobachtend unterwegs ist, schilderte diesmal exemplarisch und anschaulich ihre eigene Situation in Gaza und ihre Flucht daraus. Ihr Elternhaus wurde mehrfach von israelischen Geschossen getroffen und zuletzt gänzlich zerstört. Sie und ihre Angehörigen mussten mehrfach fliehen und in beengten Räumen bei Verwandten und anschließend bei fremden Menschen unterkommen. Dabei hätten sie unter Mangel an Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, Medikamenten und hygienischen Artikeln gelitten. Die Lage war zudem stets für alle Menschen im Gazastreifen verwirrend und unsicher. Selbst die von Israel als sichere Fluchtorte gekennzeichneten Orte wurden bombardiert. Verletzte Menschen waren auf sich gestellt, weil es keine medizinische Versorgung gab. Sie persönlich sei im Ausland sicher, nicht jedoch der Rest der Familie.

Der Inhalt des Vortrages von **Dr. Hamdan Taha** befasste sich mit der bewussten Zerstörung des Kulturerbes in Gaza durch Israel. Der Referent konnte leider nicht anreisen. Tahas Fachbeitrag ist in zwei Tranchen im Palästina Journal veröffentlicht worden. *Hierzu siehe auch PJ Nr. 21, S. 17–19.*

Mit ihren musikalischen Darbietungen am letzten Abend der Veranstaltung begeisterten die Musiker **Aeham Ahmad** und **Tobias Schulte** die Teilnehmenden und nahmen sie auf eine inszenierte musikalische Reise zwischen Orient und Okzident mit.

DPG PRÄSIDIUM

Die Zerstörung des kulturellen Erbes in Gaza

DER VÖLKERRECHTLICHE RAHMEN

Die Haager Konvention von 1954 verbietet jegliche Beschädigung von Kultstätten, karitativen Einrichtungen und Denkmalorten, während Artikel 5 der Haager Konvention alle Parteien, die ein Gebiet oder einen Teilbereich davon besetzen, verpflichtet, die Partei, deren Land besetzt wurde, bei der Sicherung und Erhaltung seines Kulturguts zu unterstützen und alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Kulturgütern zu ergreifen. Die Protokolle zur Vierten Genfer Konvention von 1977, Artikel 53 des ersten Protokolls und Artikel 16 des zweiten Protokolls, verbieten alle zerstörerischen Handlungen, die sich gegen geschichtliche Denkmäler, Kunstwerke oder Kultstätten richten, die das geistige Erbe eines Volkes verkörpern. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die für besetzte Gebiete gelten, darunter das Internationale Übereinkommen von 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut, das als Welterbekonvention bekannte internationale Übereinkommen von 1972, offiziell das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt; das Internationale Übereinkommen zum Schutz des Unterwasser-Kulturerbes von 2001, die UNESCO-Erklärung über die vorsätzliche Zerstörung von Kulturerbe von 2003, das Internationale Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes von 2003 sowie dutzende von Resolutionen der UNESCO (Taha, 2016).

WELTKULTURERBE

Im Gazastreifen sind drei archäologische Welt-erbe-Stätten (Taha 2009). Dabei handelt es sich um Blakhiya oder *Anthedon*, Tell Umm Amer oder das Kloster des Heiligen Hilarion als Kulturstätten und das *Wadi Gaza* (Wadi Gaza) als Naturerbe.

Blakhiya (*Anthedon*)

Dieser Ort liegt an der Küste nordwestlich von Gaza-Stadt und war in der griechisch-römischen Zeit der antike Hafen von Gaza. In den islamischen Quellen wird er *Tida* genannt und ist einen Kilometer vom antiken Maiuma entfernt. Gemeinsame palästinensische und französische Ausgrabungen haben neuassyrische, babylonische, persische, hellenistisch-römische, byzantinische und früh-islamische Überreste ans Licht gebracht. An dieser Stätte wurden auch die Stadtmauern sowie Stadtquartiere freigelegt, in denen Handwerker und die Stadtbevölkerung untergebracht waren, und die zum Teil mit Fresken verziert waren. Es wurden auch Bodenmosaiken, Lagerräume und befestigte Strukturen entdeckt. Diese Stätte wurde ausgiebig bombardiert.

Tell Umm Amer (Kloster des Heiligen Hilarion)

Das Kloster des Heiligen Hilarion befand sich, wie entdeckt wurde, auf dem Gelände von Tell Umm Amer in der Nähe des Flüchtlingslagers Nuseirat und ist als historisches *Tabatha* bekannt, ein Ort, der auf der Karte von Madaba verzeichnet ist. Die Stätte wurde vom palästinensischen Amt für Altertümer in Zusammenarbeit mit einer französischen archäologischen Mission ausgehoben, und die Überreste eines großen Klosters aus der byzantinischen und frühislamischen Zeit wurden freigelegt. Das Kloster besteht aus zwei Kirchen, einem Tauf- und einem Empfangsbereich sowie weiteren Anlagen wie Brunnen, einem Hamam und Unterkünften für Pilger. Auf den Bodenmosaiken wurden griechische Inschriften gefunden, die den Heiligen Hilarion erwähnen, der 291 n. Chr. in Gaza geboren wurde und 371 n. Chr. auf Zypern starb. Der Heilige Hilarion war der Begründer des palästinensischen Mönchswesens und seine Biografie wurde vom Heiligen Hieronymus verfasst. Der Heilige Hilarion wurde im gesamten östlichen Mittelmeerraum populär, und sein Heiligenfest wird auf Zypern jedes Jahr am 21. Oktober gefeiert. Die Stätte wurde 2005 in die Tentativliste des Welterbes aufgenommen, und zwar als Kulturstätte, bevor sie offiziell in die Liste des Welterbes aufgenommen wurde. Berichten zufolge wurde eine nahegelegene Stätte abgerissen.

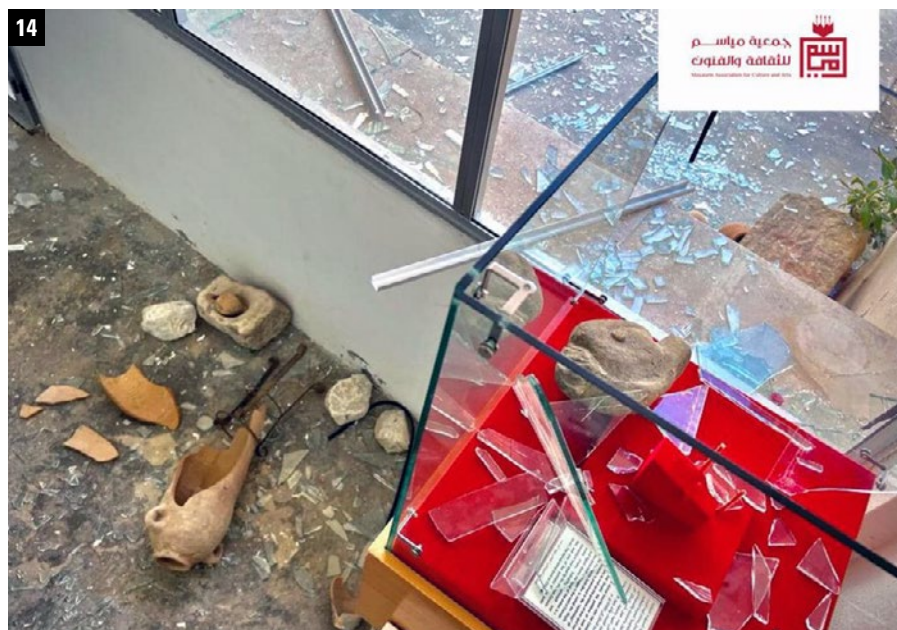
Wadi Gaza

Das Gaza-Tal hat seinen Ursprung in den Hügeln der Wüste Negev (al-Naqab) und den Höhen südlich von al-Khalil/Hebron und verläuft von der Waffenstillstandslinie östlich von Gaza bis zur Küste, wo es ins Meer mündet. An seinem Anfang ist Gaza 7 km breit. Dieses Tal gilt als eines der wich-

tigsten Niederschlagsgebiete im östlichen Becken des Mittelmeers und ist reich an geografischer und biologischer Vielfalt. Aufgrund seiner natürlichen Bedeutung wurde es in die nationale Liste der Kultur- und Naturstätten von überragendem Wert für die Welt aufgenommen. Das Gebiet wurde daher in die Tentativliste für Naturerbe-Stätten der UNESCO aufgenommen, in dem bedrohte oder seltene Arten vorkommen. Seit dem Beginn des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen ist dieses Gebiet Austragungsort israelischer Militäroperationen – und dies trotz seines ökologischen Wertes und seiner Bedeutung als Station für Zugvögel und seiner biologischen Vielfalt.

MUSEEN UND ARCHÄOLOGISCHE LAGERZENTREN

Eine große Anzahl von Museen und Antiquitätensammlungen wurden systematisch zerstört. Unter den etwa zwölf Museen ist das bedeutendste das Museum von Qasr al-Basha aus der Mamlukenzeit, das restauriert und als archäologisches Museum eingerichtet worden war. Darin waren die meisten der wichtigen Ausgrabungen ausgestellt, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Gazastreifen durchgeführt wurden. Zehntausende archäologischer Funde wurden unter dem Schutt begraben. Auch das Dair al-Balah-Museum, in dem eine Sammlung archäologischer und für das Kulturerbe relevanter Gegenstände aufbewahrt wurde, wurde zerstört, ebenso das Qarrara-Museum (Abbildung 14), das eine vielseitige Sammlung antiker Gegenstände aus verschiedenen historischen Epochen beherbergte. Auch private Sammlungen wurden zerstört, wie die Jawdat al-Khudari-Sammlung in Gaza und die 'Aqqad-Sammlung.





Der Friedhof von Beit Hanun wurde zerstört (Abbildung 16), weite Teile davon wurden aufgegraben. Aus Platzgründen können die anderen Friedhöfe hier nicht erwähnt werden.

GEZIELTE ANGRIFFE AUF DIE WAHRZEICHEN DER STADT

In einem von der Stadtverwaltung Gaza herausgegebenen Bericht wird darauf hingewiesen, dass das Besatzungsregime die wichtigsten Wahrzeichen der Stadt, die ihre kollektive Identität ausmachen, angreift. Dazu gehören historische Gebäude, Moscheen, Kirchen, der Garten und das Denkmal des Unbekannten Soldaten, das Rashad al-Shawa-Zentrum (Abbildung 17), der Al-Katiba-Garten, die öffentliche Bibliothek (Abbildung 18),

das *Is'ad al-Tufula*-Gebäude (Glückliche Kindheit), die Stadtpromenade, das Zentralarchiv, das Zentrum für die Restaurierung von Manuskripten (Abbildung 19) und die Universitäten (Abbildung 20) sowie Hotels, Ferienanlagen, Dienstleistungsgebäude und kommerzielle Infrastruktur wie Straßen, Wasseraufbereitungsanlagen und Brunnen.

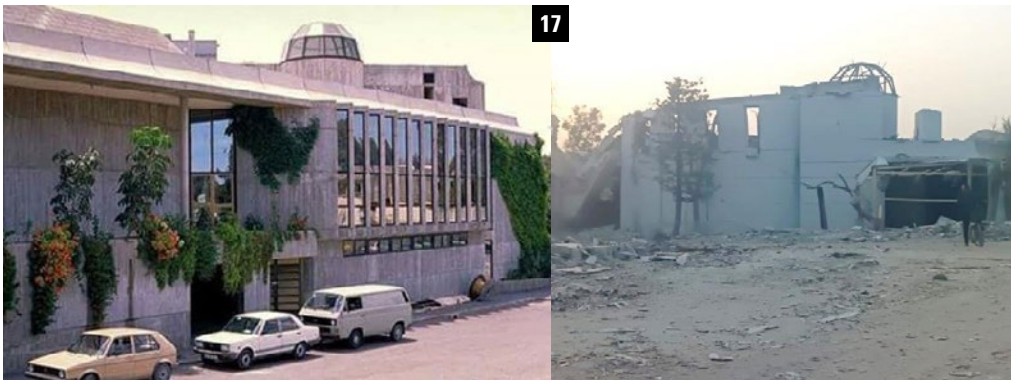
DIE INTERNATIONALE VÖLKERMORDKONVENTION

In der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 wird Völkermord definiert als jede „**der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zer-**

Dasselbe gilt für viele private Sammlungen antiker Gegenstände angesichts der wahllosen und umfassenden Bombardierung des Gazastreifens. Es wurde in Lagerhäuser der Altertumsbehörde von Gaza eingebrochen, in denen zehntausende von archäologischen Gegenständen aufbewahrt wurden (Abbildung 15). In diesen Lagern befinden sich palästinensische und internationale archäologische Ausgrabungen, die noch untersucht werden, sowie schätzungsweise zehntausende von Figuren, Keramikgefäßen, Glas- und Metallgegenständen und Münzen. Der Einbruch in Museen und Geschäfte ist ein klarer Verstoß gegen die Haager Konvention von 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten.

DIE ZERSTÖRUNG VON MOSCHEEN UND FRIEDHÖFEN

Zusätzlich zu den oben erwähnten historischen Moscheen wurden in einer systematischen Zerstörungskampagne Moscheen in Gaza in einer Weise zerstört, die in der modernen Geschichte beispiellos ist. In einem Bericht des Awqaf-Ministeriums (fromme Stiftungen) vom 22. Januar 2024 ist die Rede von der vollständigen oder teilweisen Zerstörung von etwa 1000 der insgesamt 1200 Moscheen. Auch Friedhöfe wurden nicht verschont. Der christliche Baptistenfriedhof in Gaza-Stadt wurde angegriffen, und der Militärfriedhof der Commonwealth-Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg im Tuffah-Viertel wurde stark beschädigt.



stören“, wie die Tötung von Mitgliedern der Gruppe, die Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe, die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen, Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind, und die gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

In Artikel 3 werden folgende Handlungen als strafbar bezeichnet:

- (a) Völkermord;
- (b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord;
- (c) Unmittelbare und öffentliche Aufhetzung zur Begehung von Völkermord;
- (d) Versuch, Völkermord zu begehen;
- (e) Teilnahme am Völkermord.

Diese Konvention wurde in Folge der Schrecken des Zweiten Weltkriegs unterzeichnet. Der polnische Intellektuelle Rafael Lemkin (Lemkin 1944), der den Begriff „kultureller Völkermord“ prägte, argumentierte, dass kultureller Völkermord nicht weniger schlimm sei als die Vernichtung einer menschlichen Gruppe. Diese Definition wurde 1946 von der UN-Vollversammlung angenommen. Aber Staaten mit einer imperialistischen Geschichte der Dezimierung einheimischer Bevölkerungsgruppen wie Australien, die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Kanada verwässerten den Text in der Konvention von 1948, so dass er auf jede vorsätzliche Handlung anzuwen-

den ist, die mit der Absicht begangen wird, die Sprache, Religion und Kultur einer menschlichen Gruppe zu zerstören. Der kanadische Soziologe Andrew Woolford von der Universität Manitoba hob den Teil hervor, der mit der Zerstörung der kollektiven Identität der Urbevölkerungen und dem Raub ihres Landes zu tun hat, damit die Siedler sie beherrschen können (Culture Genocide 2019).

Raz Segal, ein jüdisch-amerikanischer Holocaust-Experte an der Stockton University in den USA, beschrieb den derzeitigen Krieg in Gaza am sechsten Tag des Krieges als typisch für völkermörderische Kriege, die absichtlich auf die Vernichtung einer menschlichen Gruppe abzielen. Diese Ansicht wurde auch von dem israelischen Historiker Ilan Pappé und dem amerikanischen Historiker Norman Finkelstein geteilt sowie von John Mearsheimer, Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Chicago, und vielen anderen. Diese Absicht wurde in zahlreichen Erklärungen der politischen und militärischen Führung Israels deutlich zum Ausdruck gebracht und steht in direktem Zusammenhang mit militärischen Operationen wie Beschuss, Zerstörung der Infrastruktur, strenger Belagerung, gewaltsamer Vertreibung und Verursachung einer Hungersnot, um dann „die Gewalt durch eine schändliche Ausnutzung des Jahrestages des Holocausts zu rechtfertigen“ (Segal, 2023). Ziel war es, den Konflikt aus seinem politischen Kontext als Kampf gegen die Besatzung herauszulösen, palästinensische Opfer mit den Nazis und der Terrorgruppe Islamischer Staat zu vergleichen und den imperialistischen Diskurs vom Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei wiederzubeleben. Letzterer war nach Franz Fanon (Fanon 1963) ein bevorzugter imperialistischer Diskurs, der immer der Führung eines verbrecherischen Krieges vorausging. Die gezielte Zerstörung von historischen Zentren, archäologischen Stätten, Kultureinrichtungen und Museen ist ein weiteres Indiz für einen vorsätzlichen Plan, die kollektive Identität einer menschlichen Gruppe zu zerstören, so wie es in der Konvention definiert ist. John Hocking, Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, bezeichnete die Zerstörung kulturellen Erbes als gleichbedeutend mit kulturellem Völkermord und erklärte, dass überall dort, wo Kultur zerstört werde, Völkermord vermutet werden müsse.

DER FALL VOR DEM INTERNATIONALEN GERICHTSHOF

Nachdem die Bemühungen, den Krieg zu beenden, gescheitert waren und trotz der Resolution der UN-Vollversammlung und des Vetos der USA gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Beendigung des Krieges, reichte die Republik Südafrika beim IGH eine Klage gegen Israel ein, in der sie vortrug, dass Israel im Gazastreifen einen Völkermord begangen habe. Der IGH ist die höchste gerichtliche Instanz der Vereinten Natio-

nen. Die 84-seitige Klage Südafrikas, die von zahlreichen anderen Staaten unterstützt wird, stützt sich auf die Völkermordkonvention von 1948, da Völkermord das verabscheuungswürdigste Verbrechen im Völkerrecht ist. Zwei Tage, am 11. und 12. Januar 2024, trug Südafrika seinen Fall vor. Dieser Fall verlangt auf der performativen Ebene dringend eine Entscheidung zur Beendigung von völkermörderischen Handlungen und diese Entscheidung basiert auf objektiven Beweisen, sowohl in Bezug auf die Absicht als auch auf die fünf als Völkermord eingestuften Handlungen. Viele Völkerrechtsexperten sind der Ansicht, dass die von Israel in Palästina begangenen Verbrechen eine logische Konsequenz der Immunität sind, die der Westen Israel in den vergangenen 75 Jahren des israelisch-palästinensischen Konflikts gewährt hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dies der am besten dokumentierte Völkermord der modernen Geschichte ist. In den letzten sechs Monaten haben die westlichen Staats- und Regierungschefs nicht tatenlos zugehört, sondern Israel aktiv bewaffnet und ihm diplomatisch Deckung gegeben, damit es diesen Völkermord fortsetzen kann. Israel verhängte eine totale Blockade, schnitt Lebensmittel, Wasser und Strom ab und zerstörte Häuser, Institutionen und die Infrastruktur, vertrieb mehr als 2,3 Millionen Menschen mehrfach und trieb sie an den Rand des Hungertodes. Das kulturelle Erbe wurde systematisch zerstört und ausgelöscht, mit dem Ziel, die physische und geistige/spirituelle Welt des palästinensischen Volkes unter dem Vorwand der Selbstverteidigung zu zerstören. Der zerstörte Gazastreifen ist der Ort, an dem die Menschlichkeit versagt hat, wie David Miliband vom International Rescue Committee (IRC) es beschrieb, und ein Krieg gegen die Menschlichkeit, wie José Andrés, der Gründer der World Central Kitchen, es beschrieb. Deshalb müssen die Bemühungen verstärkt werden, nicht nur, um den weiter andauernden Völkermord zu stoppen und mehr humanitäre Hilfe zu leisten, sondern, um den verbleibenden Teil der Menschlichkeit zu retten. Dieser Aufruf richtet sich an alle Institutionen, die sich mit dem kulturellen Erbe befassen, sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene, und fordert sie auf, aktiv zu handeln, zu helfen, den entstandenen Schaden abzuschätzen und den Wiederaufbauprozess zu unterstützen. Das palästinensische Erbe gehört nicht nur Palästina, sondern ist ein integraler Bestandteil des menschlichen Erbes, und seine Zerstörung ist ein Verlust für die gesamte Menschheit.

HAMDAN TAHA leitet das Projekt „Palästinensische Geschichte und Kulturerbe“. Er war u.a. Generaldirektor der palästinensischen Antikenbehörde (1995–2004) und stellvertretender Minister des Ministeriums für Tourismus und Altertümer bis Ende 2014.

Übersetzung aus dem Englischen J.W.



19



20





Die UNRWA betreibt Hunderte Schulen in Gaza, viele wurden Zufluchtsorte für vertriebene Familien. Doch sicher sind die Menschen auch hier nicht, immer wieder werden Schulen von Israel bombardiert.

Die Eliminierung der palästinensischen Flüchtlingsfrage

Das israelische Parlament verbietet und kriminalisiert das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, die UNRWA.

Ende Oktober verabschiedete die Knesset mit überwältigender Mehrheit zwei Gesetze, die darauf abzielen, die Aktivitäten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, kurz UNRWA, zu unterbinden und zu kriminalisieren. Die UNRWA wurde gegründet, um den damals 750.000 Palästinenser*innen Hilfe zu leisten, die im Zuge der israelischen Staatsgründung geflohen und vertrieben wurden. In Ermangelung eines palästinensischen Staates oder einer formellen Lösung der Flüchtlingsfrage wird ihr Mandat seit 1950 jährlich verlängert.



Trotz öffentlicher Erklärungen und der Lobbyarbeit der Vereinigten Staaten und einer Reihe europäischer Länder hat die Knesset die Gesetze mit Unterstützung fast aller Parteien verabschiedet. Regierung, Opposition und große Teile der israelischen Gesellschaft eint der Versuch, die UNRWA zum Sündenbock für die Anschläge des 7. Oktober 2023 zu machen.

Der neuen Gesetzgebung zufolge darf die UNRWA weder direkt noch indirekt auf israelischem Hoheitsgebiet vertreten sein, Dienstleistungen erbringen oder Tätigkeiten ausüben. Außerdem werden sämtliche Privilegien aufgehoben, die UN-Einrichtungen gemäß der von allen Mitgliedsstaaten ratifizierten

Charta genießen, darunter Steuerbefreiungen, diplomatischer Status, Immunität und die Erteilung von Arbeitsvisa. Ziel der Entfernung der UNRWA ist im Kern die Zerstörung der „palästinensischen Flüchtlingsfrage“. Schon lange vor dem 7. Oktober hat die derzeitige Koalition der extremen Rechten in Israel bei zahlreichen Gelegenheiten die Absicht bekundet, nicht nur die UNRWA, sondern letztlich alle Einrichtungen, die an der Versorgung der palästinensischen Flüchtlinge beteiligt sind, aufzulösen – einschließlich der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Die UNRWA ist die einzige internationale Einrichtung, die sich ausschließlich der Palästinafrage widmet und über das Budget, die Erfahrung, das Fachwissen und die Legitimität verfügt, um diese Arbeit zu leisten. Es gibt keine internationale Institution, die die UNRWA auch nur annähernd er-

setzen könnte. Die Auswirkungen dieser Gesetze können deshalb gar nicht dramatisch genug eingeschätzt werden. Sie leiten den langsamen Verfall des sozialen, gesundheitlichen und bildungspolitischen Sicherheitsnetzes der palästinensischen Gesellschaft ein. Millionen Palästinenser*innen werden den Zugang zu Bildung und Gesundheit verlieren – auch wenn die meisten aufgrund des Krieges beides bereits verloren haben. Die Möglichkeiten internationaler NGOs oder der Palästinensischen Autonomiebehörde, dies zu kompensieren, sind gleich null. Das bestmögliche Szenario wäre Flickschustereien, die nicht nachhaltig und qualitativ minderwertig wären.

ZUM ANWENDUNGSBEREICH DER GESETZE

Eine der ersten offensichtlichen Fragen an die Gesetze betrifft das Problem, was überhaupt „israelisches Hoheitsgebiet“ bedeutet, da Israel seine Grenzen nie offiziell erklärt hat. Als international anerkannte Grenze gilt die „Grüne Linie“, die Waffenstillstandslinie von 1949. Israel fungiert jedoch als Besatzungsmacht sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen, wo ein großer Teil der gesamten Arbeit der UNRWA stattfindet. Israelische Behörden und Ministerien kontrollieren vollständig die Ein- und Ausreise sowie die Genehmigungen, an diesen Orten zu arbeiten. Israelisches Hoheitsgebiet sind sie aber nicht. Deshalb dürfte eine solche Kontrolle eigentlich nur innerhalb der „Grünen Linie“, im israelischen Kernland und im illegal annektierten Ost-Jerusalem ausgeübt werden. Die Arbeit der UNRWA in diesen beiden Gebieten macht jedoch nur einen geringen Teil der Gesamtarbeit aus. Zwar befindet sich der Hauptsitz des Hilfswerks in Ost-Jerusalem, aber seine Dienste hier beschränken sich auf das Flüchtlingslager Shua'afat. Israel könnte deshalb versuchen, auch die juristische Hoheit über Aktivitäten im Westjordanland und im Gazastreifen zu beanspruchen, wo Millionen von Palästinenser*innen von der UNRWA unterstützt werden. Aussicht auf internationale Anerkennung hätte das aber kaum.

Als Mitglied der Vereinten Nationen ist Israel an die UN-Charta gebunden, die vorschreibt, dass die Mitgliedsstaaten Hilfsprogramme für Menschen in Not „mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln“ unterstützen müssen. Norwegen hat bereits bekundet, eine Resolution der UN-Generalversammlung zu beantragen, damit der Internationale Gerichtshof die Verpflichtungen Israels ausdrücklich dokumentiert und festlegt. Das könnte zu Sanktionen gegen Israel wegen der Verletzung grundlegender internationaler Normen führen. Und das während gleichzeitig der Internationale Gerichtshof den Vorwurf prüft, ob Israel in Gaza einen Genozid begeht.

UNRWA STELLT SCHULEN, GESUNDHEITSNETZ UND SOZIALE DIENSTE FÜR EINEN GROSSEN TEIL DER PALÄSTINENSISCHEN FLÜCHTLINGE BEREIT

Warum wären die Folgen einer Verhinderung der UNRWA-Arbeit so dramatisch? Alleine im Gazastreifen beschäftigt die UNRWA in den oben genannten Arbeitsbereichen rund 13.000 Angestellte. Sie sind Teil der vor allem regional und zu einem sehr kleinen Teil auch global tätigen 30.000 UNRWA-Mitarbeiter*innen. Vor Ort sind zahlreiche Unternehmen mit der UNRWA verbunden. Die UNRWA ist die größte in den besetzten Palästinensergebieten tätige Institution, sowohl in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten als auch hinsichtlich des Ansehens in internationalen Gremien. Im Falle von Kriegen oder Großereignissen ist die UNRWA stets als erste vor Ort und verfügt über einen Pool von Expert*innen, Analyst*innen und Logistiker*innen sowie ein ganzes System zur Durchführung von Hilfsmaßnahmen. Die UNRWA hat sich schon vor langer Zeit zur Vorreiterin bei der Entwicklung und Durchführung von Programmen mit lokalen und internationalen Partnerorganisationen entwickelt.

Die Arbeit der UNRWA erstreckt sich auf alle Bereiche der palästinensischen Gesellschaft. Mehr als 70 Prozent der Palästinenser*innen im Gazastreifen und 18 Prozent der Palästinenser*innen im Westjordanland zwischen drei und 18 Jahren besuchen eine UNRWA-Schule. Ihr umfangreiches Gesundheitsnetz umfasst zahlreiche Krankenhäuser, medizinische Zentren, mobile Kliniken usw., in denen jährlich Hunderttausende behandelt werden. Im Gazastreifen ist die UNRWA seit vielen Jahrzehnten eng in die Stadtplanung, den Wohnungsbau, die Beschaffung und Verteilung von Hilfsgütern und den Bau von Unterkünften eingebunden. In vielerlei Hinsicht ist die UNRWA also eine quasi-staatliche Einrichtung, die soziale und zivile Dienste für einen großen Teil der palästinensischen Flüchtlinge bereitstellt.

Die Angriffe auf die UNRWA und der Versuch, sie zum Sündenbock zu machen, sind nicht neu. Israel hatte schon immer ein wechselhaftes Verhältnis zu dieser UN-Institution. Immer wurde aber auch bis zu einem gewissen Grad verstanden, dass die Erbringung von Dienstleistungen durch die UNRWA im israelischen Interesse liegt, da so der israelische Haushalt von der Versorgung der Palästinenser*innen entlastet wird. Denn völkerrechtlich ist Israel dafür in den besetzten Gebieten voll verantwortlich. Der UNRWA-Haushalt ist überwiegend spendenbasiert und beläuft sich auf durchschnittlich 800 Millionen bis 1,5 Milliarden US-Dollar jährlich; die Vereinigten Staaten und Deutschland gehörten in der Vergangenheit zu den größten Gebern.

NEUES HILFS-REGIME FÜR DIE PALÄSTINENSER*INNEN?

Seit dem von der Hamas angeführten Angriff am 7. Oktober 2023 hat die israelische Regierung ausdrücklich ihre Absicht erklärt, die UNRWA zur Strafe aufzulösen, da sie die Organisation beschuldigt, direkt und indirekt an den Angriffen beteiligt gewesen zu sein. Obwohl die von israelischer Seite vorgelegten Beweise für diesen Vorwurf spärlich sind, wurde die Finanzierung von einer Reihe der Geber-Länder vorübergehend eingestellt. Nachdem handfeste Beweise weiter ausblieben, nahmen die meisten Länder ihre Finanzierung der UNRWA wieder auf. Gleichzeitig nutzt Israel die Anschuldigungen, um direkte physische Angriffe auf UNRWA-Mitarbeiter*innen zu legitimieren. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden Dutzende Mitarbeiter*innen in Gaza getötet. Am 31. Oktober 2024 zerstörte die israelische Armee das UNRWA-Büro in Tulkarem im Westjordanland.

Seit Beginn des Krieges im Gazastreifen hat die israelische Regierung zahlreiche Versuche unternommen, um die UNRWA strukturell aus den Hilfsmaßnahmen für den Gazastreifen auszuschließen. Dazu gehören die systematische Behinderung von Hilfslieferungen im Zusammenhang mit den Vereinten Nationen, die Ermordung von mehr als 200 UN-Mitarbeiter*innen (viele von ihnen wurden bei der Ausübung ihres Dienstes getötet) und die Angriffe auf Hunderte von UN-Einrichtungen im Gazastreifen.

Gleichzeitig versucht Israels Regierung, „befreundete“ unpolitische Einrichtungen heranzuziehen, um die UNRWA zu ersetzen. Bisher sind all diese Versuche gescheitert. Die jüngsten Vorschläge, die vor allem aus der israelischen Zivilverwaltung kommen, befürworten die Förderung eines Hilfsregimes privater militärischer Auftragnehmer, beginnend im nördlichen Gazastreifen. Dies würde dem ähneln, was wir im Irak mit Firmen wie Blackwater gesehen haben. Sollte sich dieser Vorschlag durchsetzen, würden Palästinenser*innen in dicht gedrängte Enklaven gesteckt, bewacht von militärischen Firmen, die auf Profitbasis den Zugang zu Hilfsgütern nach israelischem Diktat bestimmen würden. So oder so befinden wir uns auf einem Weg in Richtung Eliminierung der palästinensischen Flüchtlingsfrage.

CHRIS WHITMAN

CHRIS WHITMAN arbeitet bei der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation *medico international*. Er ist Büroleiter in Ramallah für Israel & Palästina.

Ich werde bis zum letzten Atemzug in meinem Krankenhaus bleiben

Die israelische Armee hat seinen Sohn getötet und seine Kollegen im Kamal-Adwan-Krankenhaus verhaftet, aber Direktor Dr. Hussam Abu Safiya weigert sich, seine Patienten im Stich zu lassen.

Seit Anfang Oktober 2024 führt die israelische Armee einen brutalen Angriff auf den nördlichen Gazastreifen durch, bei dem Hunderte von Patient*innen in Jabalia, Beit Lahiya und Beit Hanoun getötet und etwa 70.000 zur Flucht nach Gaza-Stadt gezwungen wurden. Im Rahmen ihrer Kampagne zur Säuberung des Gebiets von Patient*innen hat die Armee die drei Krankenhäuser der Region belagert und bombardiert und jedes von ihnen an den Rand des Zusammenbruchs getrieben, ohne dass die militärische Notwendigkeit dieser Angriffe substantiell belegt wurde.

Das Kamal Adwan Krankenhaus in Beit Lahiya ist nach wochenlangen israelischen Angriffen kaum noch funktionsfähig. Am 25. Oktober um zwei Uhr nachts näherte sich die israelische Armee dem Krankenhaus, das bereits im Dezember 2023 einer militärischen Stürmung unterzogen worden war, und begann mit der Bombardierung des Gebäudes und seiner Innenhöfe. Granaten schlugen im dritten Stockwerk ein, zerstörten medizinische Hilfsgüter, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in den Tagen zuvor geliefert hatte, und beschädigten die Dialyseeinheit des Krankenhauses. Bei dem Angriff wurde auch der medizinische Sauerstoffgenerator des Krankenhauses zerstört, was zum Tod von zwei Säuglingen auf der Intensivstation führte.

Einige Stunden später stürmten israelische Truppen das Krankenhaus und wiesen alle Patient*innen und vertriebenen Palästinenser*innen, die dort Zuflucht gesucht hatten, an, sich im zentralen Innenhof zu versammeln. Hunderte von ihnen wurden festgenommen oder inhaftiert und einem Verhör unterzogen, darunter fast das gesamte Personal des Krankenhauses.

Dr. Hussam Abu Safiya, Kinderarzt und Leiter des Krankenhauses, weigerte sich trotz der israelischen Drohungen, Kamal Adwan zu evakuieren. Er wurde während der Stürmung kurzzeitig festgenommen, kehrte dann aber zurück, um seine kranken und verwundeten Palästinenser*innen zu versorgen. Dabei tötete eine israelische Drohne seinen 15-jährigen Sohn Ibrahim, der sich mit seiner Familie im Krankenhaus aufhielt. In einem Video vom 26. Oktober ist Abu Safiya zu sehen, wie er im Innenhof des Krankenhauses das Trauer-



gebet für seinen Sohn spricht und dabei die Tränen zurückhält.

Die israelischen Truppen zogen sich am 28. Oktober aus dem Krankenhaus zurück, und seitdem überschwemmen zahlreiche Opfer der anhaltenden israelischen Angriffe auf den Norden des Landes die Warteräume und Flure des Krankenhauses. Das Krankenhaus beherbergt derzeit mehr als 120 Patienten, aber Abu Safiya ist einer von nur noch zwei Ärzten und einer Handvoll Krankenpflegern, die sich um sie kümmern.

Und die Angriffe gehen weiter: Am 31. Oktober wurde das Krankenhaus erneut von israelischen Streitkräften angegriffen und eine weitere Lieferung der WHO zerstört. Während des Besuchs einer WHO-Delegation im Krankenhaus am vergangenen Sonntag, dem 3. November – Teil eines Versuchs, einige PatientInnen zu evakuieren – wurde die Kinderstation unter israelischen Artilleriebeschuss genommen, wobei ein dreizehnjähriges Mädchen und mehrere andere Personen verletzt wurden. Am 4. und 5. November geriet das Krankenhaus erneut unter Beschuss, wobei Mitarbeiter und Patient*innen verletzt und Wassertanks zerstört wurden.

+972 sprach am 31. Oktober mit Dr. Abu Safiya, der sich noch im Krankenhaus befindet. Das Interview wurde aus Gründen der Länge und Klarheit bearbeitet.

Können Sie beschreiben, was derzeit in Kamal Adwan geschieht und in welcher Gefahr Sie, Ihre Kollegen und Ihre Patienten schweben?

Seit Beginn des Krieges leiden wir sehr unter dem Mangel an medizinischem Material, Personal und anderer Ausrüstung. Wir haben an internationale Gesundheitsorganisationen appelliert, das Krankenhaus zu retten, aber leider sind wir stattdessen seit fast einem Monat einer intensiven Belagerung und direktem Beschuss ausgesetzt. Vor wenigen Augenblicken wurde der dritte Stock des Krankenhauses beschossen. Ich weiß nicht, ob es sich um Artilleriebeschuss oder einen Luftangriff handelte, aber der Operationssaal und die Medikamentenlager wurden in Brand gesetzt, und es war schwierig, das Feuer zu löschen.

Die Bombardierung von Beit Lahiya, Beit Hanoun und Jabalia hört nicht auf, und es kommen viele Verwundete im Krankenhaus an, die entweder auf den Schultern von Menschen getragen werden oder in von Tieren gezogenen Karren. Die Krankenwagen sind völlig außer Betrieb, nachdem die israelische Armee sie wiederholt beschossen hat. Da die Zahl der Verwundeten, die im Krankenhaus ankommen, so hoch ist, sind wir gezwungen, zwischen ihnen zu entscheiden, um die schwersten Fälle zu behandeln. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass wir im Krankenhaus solch tragische Momente erleben würden.



Was geschah mit Ihnen und dem medizinischen Personal, als Israel das Krankenhaus am 25. Oktober (2024) überfiel?

Die israelische Armee weiß nicht, was sie will. Sie hielten mich einige Stunden lang fest und befragten mich, ob sich Kämpfer im Krankenhaus befänden, und verlangten, dass ich das Krankenhaus vollständig evakuieren. Aber 57 medizinische Mitarbeiter des Krankenhauses wurden verhaftet, und wir wissen immer noch nichts über sie [einige wurden nach diesem Gespräch freigelassen, aber die meisten befinden sich weiterhin in israelischer Haft]. Wir leiden also unter einem schweren Mangel an Ärzten, insbesondere an Chirurgen. Im Moment sind wir nur zwei Kinderärzte – es ist eine immense Herausforderung, unter diesen Umständen zu arbeiten.

Ich habe mich geweigert, das Krankenhaus zu verlassen und meine Patient*innen zu opfern, woraufhin die Armee mich bestraft hat, indem sie meinen Sohn getötet haben. Ich sah ihn am Eingangstor sterben – es war ein unglaublicher Schock. Ich fand ein Grab für ihn in der Nähe einer der Mauern des Krankenhauses, damit er in meiner Nähe bleiben kann.

Die Armee hat ihre Angriffe damit gerechtfertigt, indem sie ohne stichhaltige Beweise behauptet, Hamas-Kämpfer würden im Krankenhaus oder in Tunneln unter dem Krankenhaus operieren. Was ist Ihre Antwort auf diese Anschuldigungen?

Es gibt keine [aktiven] Kämpfer in Kamal Adwan. Außerdem ist dies ein Krankenhaus, das Patient*innen von überall her aufnimmt: Wir stehen nicht am Krankenhaustor und fragen jeden Verwundeten oder Kranken nach seiner politischen Zugehörigkeit. Das ist absolut nicht angebracht. Die Aufgabe des Krankenhauses ist es, allen Patient*innen, die eine Behandlung benötigen, medizinische Dienste anzubieten.

Wir haben schon viele Kriege miterlebt, aber so etwas haben wir noch nie erlebt: einen Krieg, in dem alle roten Linien überschritten wurden und in dem wir nicht erkennen können, dass die internationalen humanitären Organisationen, die internationale Rechtsprechung oder die Weltgesundheitsorganisation in der Lage wären, einzugreifen und ihn zu beenden. Alles war erlaubt, um zu töten und zu zerstören, und was das Gesundheitssystem in Gaza erlebt hat, ist beispiellos.

Können Sie die Schäden beschreiben, die das Krankenhaus durch die wiederholten Bombardierungen erlitten hat?

Das Krankenhaus wurde und wird nach wie vor durch die Angriffe der Armee schwer beschädigt. Die meisten Abteilungen des Krankenhauses sind zerstört, auch der Operationssaal im dritten Stock. Die Bombardierung der Umgebung des Krankenhauses hört nicht auf, weder bei Tag noch bei Nacht.

Wir sind sehr besorgt über die anhaltenden Angriffe auf das Krankenhaus, die wir als einen absichtlichen Versuch ansehen, es außer Betrieb zu setzen. Ich appelliere erneut an die Welt, das Krankenhaus zu retten und die Ärzte aus der Haft zu entlassen. Wir sind eine Gesundheitseinrichtung, die sich um die Patient*innen kümmert, deren Zustand sich aufgrund des Mangels an Medikamenten immer weiter verschlechtert. Wir brauchen unsere Ärzte, um die Verwundeten zu behandeln, aber die Armee ist nicht bereit, sie freizulassen.

Wir tun, was wir können, und wir werden nicht aufhören. Ich werde nicht aufhören, meine humanitäre Botschaft zu verkünden: Mein Beruf ist meine Pflicht, und ich muss ihn weiter ausüben. Ich werde bis zum letzten Atemzug im Krankenhaus bleiben.

+972 bat den IDF-Sprecher um einen Kommentar zum Angriff der Armee auf das Kamal-Adwan-Krankenhaus, zur Verhaftung von Abu Safiya, zur Tötung seines Sohnes und zu den Anschuldigungen über Hamas-Aktivitäten. Die Antwort wird hier veröffentlicht, sobald sie eingegangen ist.

RUWAIDA KAMAL AMER ist eine freiberufliche Journalistin aus Khan Younis.

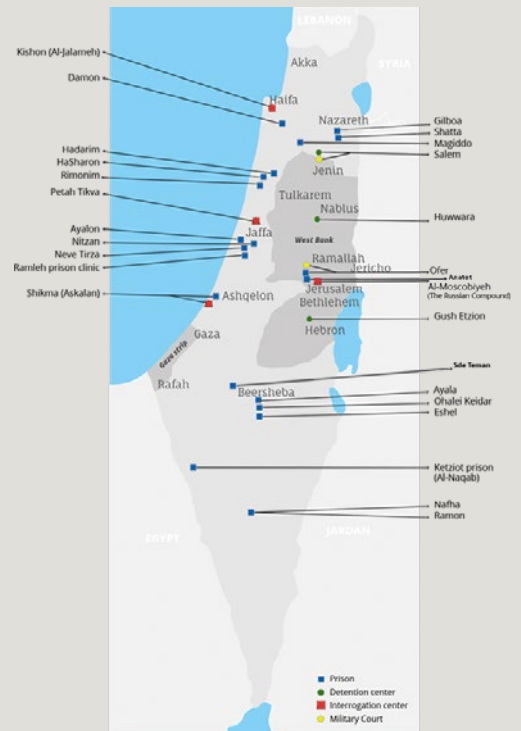
972Mag, 5. November 2024 (Originalbeitrag in englischer Sprache: <https://www.972mag.com/kamal-adwan-hospital-hussam-abu-safia/>)

Zur Situation der palästinensischen Gefangenen

2.650 GEFANGENE AUS DEM GAZASTREIFEN IN ISRAELISCHER HAFT

Seit dem 7. Oktober 2023 haben die israelischen Behörden Tausende von palästinensischen Einwohnern des Gazastreifens festgenommen, von denen einige gelegentlich über den Grenzübergang Karem Abu Salem/Kerem Shalom freigelassen wurden. Die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al Mezan schätzt, dass sich derzeit 2.650 Gefangene aus dem Gazastreifen in israelischer Haft befinden, darunter zwölf Kinder und zwei Frauen. Sie werden in Haftanstalten des israelischen Gefängnisdienstes (IPS) oder des israelischen Militärs festgehalten: Ketziot (al-Naqab), Shikma (Ashkelon), Ofer-Gefängnis und Militärlager, Nafha, Sde-Teiman, Kishon (Al-Jalama), Al-Moskobiya und Petah Tikva. Etwa 300 müssen sich vor Gericht verantworten, während 2.350 als „ungesetzliche Kämpfer“ eingestuft werden. In den ersten Monaten der Haft wurde allen Gefangenen der Kontakt mit Anwälten untersagt. 70 Gefangenen wird bis heute ein Anwaltsbesuch verweigert.

und Füßen zu schlagen. Danach zwangen sie mich, mich auf dem Boden auf kleine scharfe Kieselsteine zu setzen. Einige Stunden später brachten sie mich an einen anderen Ort, wo ich an einer Wand aufgehängt wurde und die ganze Nacht hindurch immer wieder geschlagen wurde, um Geständnisse aus mir herauszuholen. Am nächsten Tag brachten sie mich in eine kleine, kalte Zelle im Ofer-Gefängnis, wo sie mir die Augenbinde abnahmen und mich weiterhin auf die Schultern und Hoden schlugen. Sie zwangen mich, die israelische Flagge zu küssen, ließen einen Hund auf mich los, um mich zu erschrecken, und steckten mich in einen Raum, in dem ich etwa 24 Stunden lang extrem lauter Musik ausgesetzt war, während ich weitere Folterungen erdulden musste. Ich lebe unter harten Bedingungen im Gefängnis, darunter unzureichende Ernährung, Mangel an frischer Luft und unzureichende Hygieneartikel. Mein Gewicht ist von 104 Kilogramm vor meiner Verhaftung auf 75 Kilogramm gesunken. Ich mache mir auch große Sorgen um meine zweijährige Tochter.“



© B'tselem Broschüre „Welcome to hell“

IN DER HAFT VERSTORBENE PALÄSTINENSER

Der „Palestinian Prisoners' Club“ gab die Identität von 22 Palästinensern bekannt, die an den Folgen von Folter und/oder medizinischer Nachlässigkeit gestorben sind. Es sind nicht nur Bewohner des Gazastreifens, sondern auch des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, sowie Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft.

EIN GEFANGENER BERICHTETE

Ein Anwalt der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al Mezan hat bei seinem Besuch im Ofer-Gefängnis folgende Aussage eines Gefangenen aufgezeichnet: „Am 10. November 2023 wurde ich am Kontrollpunkt Salah al-Din (Netzarim) verhaftet, als ich in den südlichen Gazastreifen floh. [Israelische Soldaten] zwangen mich, mich vor vorbeigehenden Bürgern nackt auszuziehen. Dann legten sie mir Handschellen an, verbanden mir die Augen und begannen, mich mit ihren Fäusten

BERICHT „WELCOME TO HELL“ DER ISRAELISCHEN MENSCHENRECHTSORGANISATION B'TSELEM

Zeugenaussage über die Initial Reaction Force (IRF), auf Hebräisch „Keter“, im Bericht „Welcome to Hell“ über Misshandlung von Gefangenen:

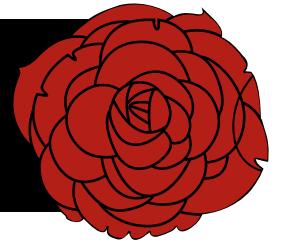
„Nachdem sie uns etwa zehn Minuten lang verprügelt hatten, banden sie uns die Hände mit Kabelbindern hinter dem Rücken zusammen. Sie zogen sie so fest an, dass ich spürte, wie sie in meine Hände schnitten. Die Schläge gingen weiter, und Mitglieder der Truppe traten auf meine Brust und meinen Kopf. Es waren auch zwei Offiziere in der Zelle, und einer von ihnen befahl ihnen, uns zu schlagen. Die Angehörigen der Streitkräfte lachten untereinander. Sie nahmen den Häftlingen einige Kleidungsstücke weg. Sie zerrten einige von uns auf den Boden und zwangen andere, die Schuhe eines der Offiziere zu küssen. Ich sah, wie sie einige Häftlinge an den Hoden packten, und die Häftlinge schrien und weinten. Die Beamten drückten auch ihre Schlagstöcke gegen die Genitalien einiger Häftlinge. Der Strom der Beleidigungen riss nicht ab: ‚Wichser‘, ‚Hurensöhne‘, ‚Hunde‘, ‚ISIS‘. Einige der Soldaten filmten uns mit Handys und Kameras. Ich hörte, wie ein Offizier zu den anderen auf Hebräisch sagte: ‚Wir machen Livestreaming für Ben Gvir.‘“

Aus der Aussage von H. F. (50), einem Vater von vier Kindern, wohnt im Bezirk Bethlehem.

ZIEL: KINDER

Der Bericht „Targeting Childhood: Palästinensische Kinder, die von israelischen Streitkräften und Siedlern im besetzten Westjordanland getötet wurden“ ist über die palästinensischen Kinder, die zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Juli 2024 im besetzten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, getötet wurden. Die israelischen Streitkräfte hätten routinemäßig mit scharfer Munition und Luftangriffen auf palästinensische Kinder gezielt, Krankenwagen und Sanitäter daran gehindert, verwundete Kinder zu erreichen, und die Leichen von Kindern unter Verletzung des Völkerrechts beschlagnahmt. Khaled Quzmar, Generaldirektor von Defence for Children International fordert deshalb: „Die internationale Gemeinschaft muss dringend handeln und ein Waffenembargo und Sanktionen verhängen, um das Leben palästinensischer Kinder zu schützen.“ Die israelischen Behörden, die die Möglichkeit haben, israelische Soldaten und Militärbeamte zur Rechenschaft zu ziehen, sind nicht bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Tötung palästinensischer Kinder zu stoppen. „Wenn ein israelischer Soldat auf ein palästinensisches Kind zielt oder ein israelischer Militärbeamter die Tötung eines Kindes anordnet, verstößt er gegen die internationalen Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und das Strafrecht“, sagte Ayed Abu Eqtaish, Leiter des Programms zur Rechenschaftspflicht bei DCIP.

Weltweite Solidarität



PALÄSTINA ZELT DER VÖLKER

[] Illegale Siedler errichten auf dem Grund und Boden der Familie Nasser einen Außenposten.



Daoud Nasser vom Tent of Nations bei Betlehem bittet darum, dass ausländische Volontäre jeden Alters auf dem Weinberg seiner Familie mithelfen. Seit wieder Freiwillige auf dem Weinberg sind, gab es im Zentrum des Weinbergs keine Übergriffe mehr durch Siedler. Der Verein JugendInterkult JIK hilft jungen Freiwilligen, die mindestens 14 Tage auf dem Weinberg verbringen, mit Zuschüssen zu den Flugkosten. Infos bei Verein JugendInterkult (JIK) <https://www.jugendinterkult.de/>

INTERNATIONAL AUFRUF ZU WAFFENRUHE UND ENDE DER STRAFLOSIGKEIT IN GAZA, ISRAEL UND DEM LIBANON

[] Eine Koalition von über 150 internationalen Organisationen, darunter medico, Caritas und Pax Christi, hat an die internationale Gemeinschaft appelliert, einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza, im Libanon, in Israel und in der Region zu gewährleisten und die Straflosigkeit zu beenden, die es ermöglicht hat, dass die Kriegsverbrechen israelischer Streitkräfte gegen Zivilist*innen inmitten der wachsenden Katastrophe in Gaza, im Westjordanland und jetzt im Libanon weitergehen und eskalieren.

„Regierungen müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um die wachsende Katastrophe und den Kreislauf der Straflosigkeit zu beenden“, heißt es in der am 24. Oktober 2024 von der Koalition veröffentlichten Erklärung. „Dies ist nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch eine rechtliche Verpflichtung. Alle Mitgliedstaaten müssen weitere Gräueltaten verhindern und sicherstellen, dass diejenigen, die für Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.“

Wenn jetzt nicht gehandelt wird, besteht die Gefahr, dass internationale Normen weiter ausgehöhlt werden und die Täter ermutigt werden. Der Kreislauf der Gewalt gegen Zivilisten muss durchbrochen werden.“

Die Erklärung wurde anlässlich einer internationalen Libanon-Konferenz der französischen Regierung veröffentlicht, an der die Partnerstaaten des Libanon, die Vereinten Nationen, die Europäische Union sowie internationale, regionale und zivilgesellschaftliche Organisationen teilnehmen, um die Krise im Libanon zu bewältigen.

Die ungeheuerliche Missachtung des Völkerrechts durch die internationale Gemeinschaft und die anhaltende Straflosigkeit der israelischen Regierung in Gaza, im Westjordanland und jetzt im Libanon hätten gefährliche neue Präzedenzfälle für die Kriegsführung geschaffen. „Wenn wir jetzt nicht handeln, ist das eine Entscheidung“, heißt es in der Erklärung der NRO, „eine Entscheidung, die es nicht schaffen wird, zukünftige Gräueltaten zu stoppen und zu verhindern.“ <https://www.medico.de/hilfe-allein-reicht-nicht-19731>

ÜBER 6000 AUTOREN*INNEN, VERLEGER*INNEN UND IN DER BUCHBRANCHE TÄTIGE VERWEIGERN ZUSAMMENARBEIT

[] Autoren*innen, Verleger*innen und in der Buchbranche Tätige haben einen Brief veröffentlicht. „Die überwältigende Ungerechtigkeit, mit der die Palästinenser*innen konfrontiert sind, kann nicht geleugnet werden. Der aktuelle Krieg ist in unsere Häuser eingedrungen und hat unsere Herzen durchbohrt. Die Notlage ist da: Israel hat Gaza unbewohnbar gemacht.“ Die Kultur habe eine wesentliche Rolle bei der Normalisierung dieser Ungerechtigkeiten gespielt. Israelische Kulturinstitutionen, die oft direkt mit dem Staat zusammenarbeiten, seien jahrzehntelang entscheidend daran beteiligt gewesen, „die Enteignung und Unterdrückung von Millionen Palästinensern zu verschleiern, zu tarnen und zu verbrämen“.

Die Autor*innen hinterfragen ihre Rolle: „Wir können uns nicht guten Gewissens mit israelischen Institutionen zusammentun, ohne ihre Beziehung zu Apartheid und Vertreibung zu hinterfragen. Dies war die Position, die unzählige Autor*innen gegen Südafrika einnahmen; es war ihr Beitrag zum Kampf gegen die Apartheid dort.“

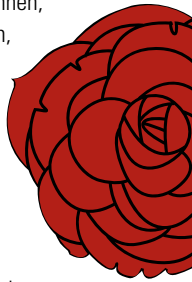
Deshalb: Wir werden nicht mit israelischen Kulturinstitutionen zusammenarbeiten, die sich an der überwältigenden Unterdrückung der Palästinenser*innen mitschuldig machen oder stumme Beobachter geblieben sind. Wir werden nicht mit israelischen Institutionen zusammenarbeiten, einschließlich Verlagen, Festivals, Literaturagenturen und Publikationen, die sich an der Verletzung palästinensischer Rechte mitschuldig machen, unter anderem durch diskriminierende Richtlinien und Praktiken oder durch Schönfärberei und Rechtfertigung der israelischen Besatzung, Apartheid oder des Völkermords, oder die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, wie sie im Völkerrecht verankert sind, nie öffentlich anerkannt haben.“

Schriftstellerkolleg*innen, Übersetzer*innen, Illustrator*innen, Buchhändler*innen, Verleger*innen, Lektor*innen und Agent*innen sind aufgerufen, den Brief ebenfalls zu unterschreiben. Zu den bisherigen Unterzeichner*innen gehören u.a. Sally Rooney, Annie Ernaux, Susan Abulhawa, Arundhati Roy, Viet Thanh Nguyen, Max Porter, Ocean Vuong, Percival Everett, Abdulrazak Gurnah, Rupi Kaur, Michelle Alexander, Judith Butler, Rachel Kushner, Jhumpa Lahiri und Valeria Luiselli. <https://publishersforpalestine.org/>

KEIN KEROSIN FÜR ISRAELISCHE KAMPFFLUGZEUGE

[] Über 50 Organisationen haben Griechenland aufgefordert, Schiffe mit Kerosin für israelische Bomber nicht in griechischen Häfen anlegen zu lassen. In einem Brief an die griechische Regierung wird diese vor den beiden Schiffen „Overseas Santorini“ und „Overseas Sun Coast“ gewarnt. Seit dem 13. August 2024 liegen beide Schiffe in Griechenland vor Anker, in Piräus und in Agioi Theodoroi. Die griechische Regierung wurde am 6. August über die griechische Vertretung bei den Vereinten Nationen darüber informiert, dass diese beiden Schiffe Kerosin an Israel liefern, das für die israelischen Kampfflugzeuge F16 und F35 verwendet wird. Diese Schiffe würden seit vielen Jahren solchen Treibstoff nach Israel liefern, wobei sie auch in griechischen Häfen anlegen. Seit Oktober 2023 erfolgten sechs Lieferungen von militärischem Treibstoff aus den USA nach Israel.

<https://worldbeyondwar.org/>



Die FIFA soll ihre De-facto-Anerkennung und Unterstützung der israelischen Fußballvereine aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen beenden, fordert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch „indem Sie der FIFA-Mitgliedsorganisation, dem Israelischen Fußballverband (IFA), unverzüglich untersagen, Fußballaktivitäten in israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland zu organisieren.“ Die israelischen Siedlungen sind nach der Vierten Genfer Konvention illegal und tragen zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei. Am selben Tag, an dem die FIFA dafür stimmte, Israel weiterhin vor der Rechenschaftspflicht zu schützen, führte Israel einen beispiellosen Angriff auf die besetzte Stadt Tulkarem im Westjordanland durch, bei dem 18 Menschen getötet wurden, darunter der 20-jährige Fußballspieler Majdy Saleh, teilte die Palästinensische Kampagne für kulturellen Boykott mit. Sie forderte: **„Werden Sie jetzt aktiv, für Majdy und die Hunderte von palästinensischen Fußballern, die im vergangenen Jahr von Israel getötet wurden.“**
<https://www.hrw.org>

VERBRECHEN GEGEN JOURNALIST*INNEN AUFLÄREN

In weniger als einem Jahr wurden in Gaza über 130 Medienschaffende bei Angriffen der israelischen Streitkräfte getötet. Um diesen Journalist*innen und Reportern zu gedenken und den Schutz palästinensischer Medienschaffender zu fordern, hat „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) am 26. September in zehn verschiedenen Ländern Proteste und Aktionen veranstaltet. „Reporter ohne Grenzen“ liegen Hinweise vor, dass Journalisten gezielt angegriffen wurden. Aus diesem Grund hat RSF vier Strafanzeigen wegen Kriegsverbrechen beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eingereicht. IStGH-Staatsanwalt Karim Khan versicherte der Organisation, dass Verbrechen gegen Journalist*innen in die Untersuchung der Lage in den Palästinensischen Gebieten einbezogen werden.

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/weltweite-rsf-aktion-fuer-journalistinnen-in-gaza>

KEINE GESCHÄFTE MIT UNTERNEHMEN, DIE WAFFEN AN ISRAEL LIEFERN

Allein zwischen 2019 und 2023 haben 20 europäische Banken den größten Waffenlieferanten Israels Kredite in Höhe von insgesamt 36,1 Milliarden

Euro gewährt. Laut einer im Juni veröffentlichten Studie ist die französische BNP Paribas der größte Kreditgeber für Israels wichtigste Waffenlieferanten (4,7 Mrd. EUR) – gefolgt von Crédit Agricole, Deutsche Bank und Barclays. Auch große US-amerikanische und kanadische Banken sind nicht besser. Beispielsweise führte die New Yorker Citigroup ein Bankenkonsortium an, das der israelischen Regierung beim Kauf ihrer F35-Jets half. Seit Oktober 2023 hat die Bank zudem Milliarden in Israels Waffenlieferanten investiert. Auch der Rückzug der Citigroup könnte helfen, den Krieg zu beenden. Die Nichtregierungsorganisation Eko, die sich gegen skandalöses Konzernhandeln wendet, appelliert an Banken, Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds: Keine Geschäfte mit Unternehmen, die Waffen an Israel liefern.

<https://www.eko.org>

CARREFOUR IST IN VÖLKERRECHTSWIDRIGEN SIEDLUNGEN TÄTIG

In seiner Jahreshauptversammlung 2024 versicherte Carrefour seinen Aktionär*innen, dass es keine Supermärkte in den besetzten palästinensischen Gebieten eröffnet habe. Carrefour habe jedoch mindestens eine Filiale in Modi'in-Maccabim-Re'ut eröffnet – einer israelischen Siedlung, die von der UNO und sogar der EU als teilweise auf besetztem palästinensischem Gebiet gelegen eingestuft wird, was nach internationalem Recht ein Kriegsverbrechen darstellt.

Carrefour habe auch den israelischen Streitkräften Tausende von Lebensmittelpaketen gespendet und im Oktober 2023 zu einer Spendenaktion „für die tapferen Soldaten“ aufgerufen. Der Halbjahresbericht 2024 von Majid Al Futtaim, dem Betreiber von Carrefour-Filialen in der arabischen Welt, weise einen Gewinnrückgang von 47 % aus, wobei „geopolitische Konflikte“ und „sinkendes Verbrauchervertrauen“ angeführt werden.

<https://bdsmovement.net/boycott-carrefour>

DEUTSCHLAND DEUTSCHLAND VERWEIGERT VERWUNDETEN KINDERN AUS GAZA DIE EINREISE

Mit einer Mahnwache protestieren Aktivist*innen von Palästina-Solidarität-Bonn gegen die Abweisung von Einreiseanträgen für verletzte Kinder aus Gaza. Seit August demonstrieren täglich zwei Aktivisten während des morgendlichen Berufsverkehrs zwischen 7.30 und 8.30 Uhr vor der Repräsentanz des Auswärtigen Amts an der Konrad-Adenauer-Allee in Bonn. Grund für die Mahnwache ist die Ablehnung der Einreiseanträge von 32 schwerstkriegsverletzten Kindern aus Gaza durch das Auswärtige Amt und das Innenministerium. Tagesschau am 10.07.2024

und Frankfurter Rundschau am 23.07.2024 hatten darüber berichtet. Die Kinder sollten in verschiedenen Kliniken in Deutschland, darunter auch in der Universitätsklinik Bonn, dringend medizinisch versorgt werden. Da bereits seit April 2024 über die Einreise mit den deutschen Behörden verhandelt wird, sind inzwischen, Berichten zufolge, einige dieser Kinder verstorben. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt die Zahl der medizinisch dringend notwendigen Evakuierungen aus Gaza auf weit über 14.000 Fälle, daher besteht weiterhin eine hohe Dringlichkeit.

Die Solidaritätsbekundungen der Passanten würden zeigen, dass die Forderungen der Aktivist*innen auf breite Zustimmung stoßen. **„Es ist unfassbar zynisch“**, äußert sich Daniela Neuendorf, Sprecherin der Kölner NGO „Refugees Foundation“, zur Haltung der Bundesregierung. Die Aktivist*innen Birgit Sawalha und Joe Hill fordern die deutsche Regierung auf, sich für die Rechte der verletzten Kinder einzusetzen und die Einreiseanträge umgehend zu genehmigen, zumal auch die Kostenübernahme bereits im Vorfeld geklärt wurde. **„Es ist unverständlich und inakzeptabel, dass verletzte Kinder, die dringend medizinische Hilfe benötigen, abgewiesen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden und diesen Kindern die notwendige Behandlung auch in Deutschland zu ermöglichen, wie es andere EU-Staaten bereits tun“**, erklärte Palästina-Solidarität-Bonn bei einer der Mahnwachen.

<http://palaestina-solidaritaet.de/mein-kalender/>

MENSCHENRECHTE NICHT TEILBAR – KEINE WAFFEN LIEFERN

„Nicht teilbar: Menschenrechte im aktuellen Konflikt in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten seit dem 7. Oktober 2023“ hat das FORUM MENSCHENRECHTE seine Forderungen vom Mai 2024 an die Bundesregierung überschrieben. Das Netzwerk von über 50 deutschen Nichtregierungsorganisationen fordert „sich für die Untersuchung, Dokumentation und Ahndung von schweren Menschenrechts- und Völkerrechtsverbrechen aller Konfliktparteien einzusetzen. Dazu gehört auch der Einsatz für einen Zugang für unabhängige Medien-Berichterstattende nach Gaza und den Zugang zu Informationen“. Die Bundesregierung soll außerdem den Export von Rüstungsgütern an Israel einstellen. Das beinhaltet auch die Rücknahme von Genehmigungen entsprechender Rüstungsgüter, die noch nicht geliefert wurden. Die Regierung soll auch die Untersuchungen und Ermittlungen durch internationale Mechanismen wie den IStGH und den IGH, die Independent International Commission of Inquiry und Instanzen des UN-Menschenrechtssystems öffentlich unterstützen.

<https://www.forum-menschenrechte.de/>



SCHIFFSTRANSPORTE VON WAFFENKOMPONENTEN

【 】 Israels größtes Rüstungsunternehmen Elbit Systems besitzt eine Tochtergesellschaft namens IMI (Israel Military Industries), die Materialien für die Munitionsherstellung auf zivilen Frachtschiffen importiert und versucht, die Informationen über die Ladung und die Routen der Schiffe geheim zu halten. Gewissenhafte Arbeiter*innen entlang der Lieferkette sind jedoch bereit, palästinensische Aktivist*innen über die Schiffe zu informieren, die Waffen nach Israel bringen. Dem Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern (BIP) liegt das Schreiben der namibischen Polizei vor, mit dem das Einlaufen eines solchen Schiffes in namibische Häfen untersagt wird.

Gegenwärtig geht es um das Schiff MV Kathrin, das acht Container mit Hexogen/RDX-Sprengstoff aus Hai Phong, Vietnam, im Auftrag der israelischen Waffenfirma IMI transportiert. Die MS Kathrin ist Eigentum des deutschen Unternehmens Lubeca-Marine mit Sitz in Lübeck. Das Schiff wird von einem französischen Unternehmen namens AGL betrieben und gehört zu einer Flotte namens Ocean7. Es fährt unter der Flagge von Portugal. Lokale Gruppen in allen Ländern, die an den illegalen Waffenlieferungen an Israel beteiligt sind, haben sich der weltweiten Waffenembargokampagne gegen Israel angeschlossen. BDS Malaysia hat eine Kampagnenseite eingerichtet, um gegen die MV Kathrin zu protestieren, weil die Ocean7-Flotte ihren Hauptsitz in Kuala Lumpur hat.

<https://bib-jetzt.de>

JÜDISCHER NATIONALFONDS HAT PALÄSTINENSISCHES LAND IN DER WESTBANK

【 】 Der Jüdische Nationalfonds (JNF) unterscheidet zwischen seinen Aktivitäten in Israel und in den von Israel besetzten Gebieten. Um rechtliche Probleme zu vermeiden, hat er eine Tochtergesellschaft namens Himanuta gegründet. 2021 ermächtigte das israelische Verteidigungsministerium Himanuta, in seinem Namen Land in Privatbesitz im besetzten Westjordanland zu „übernehmen“. Am 1. Oktober 2023 veröffentlichte die Haaretz-Journalistin Hagar Shezaf, die dieses System aufgedeckt hatte, außerdem einen Bericht, wie der JNF die Ausbildung von Siedlern zum Bau der illegalen Außenposten finanziert.

<https://bib-jetzt.de>

KLAGE GEBEN BUNDESREGIERUNG WEGEN WAFFENLIEFERUNGEN

【 】 Seit dem 19. Februar 2024 führt die Berliner Rechtsanwältin Beate Bahnweg mit einem deutsch-palästinensischen Oberarzt und dessen Vater aus Gaza eine Klage vor dem Berliner Verwaltungsgericht gegen die Bundesregierung we-

gen Waffenlieferungen an Israel. „Wir haben erreicht, dass die Bundesregierung bis zur rechtskräftigen Abweisung unseres Eilantrags durch das OVG Berlin-Brandenburg am 9. August 2024 faktisch keine Kriegswaffen mehr auf offiziellem Weg nach Israel liefern konnte. Durch die gerichtliche Androhung eines sogenannten Hängebeschlusses am 26. April 2024 wurde der Bundesregierung aufgezeigt, dass ihre Kriegswaffenexporte unter der gerichtlichen Kontrollmöglichkeit stehen und untersagt werden können.“ Der nächste Eilantrag ist in Vorbereitung. „Der gerichtliche und öffentliche Druck auf die Bundesregierung mit dem Ziel ‚Stopp der Waffenlieferungen an Israel‘ müsse weitergehen.“

<https://www.betterplace.me/klage-gegen-waffenlieferungen-an-israel>

GROSSBRITANNIEN WANN WURDE AUS KRIEG GENOZID?

【 】 Das erste Krankenhaus, das im Gaza-Krieg bombardiert wurde, war das anglikanische Ahli Arab Hospital. Die Bombe schlug im Hof ein, wo viele Flüchtlingsfamilien Zuflucht gesucht hatten. Dr. Ghassan Abu Sitta, der für Ärzte ohne Grenzen damals im Krankenhaus arbeitete und „Forensic Architecture“ bezeichnen dieses Massaker als den Zeitpunkt als aus einem Krieg ein Genozid wurde.

<https://forensic-architecture.org/location/palestine>

USA UNIVERSITÄT BEENDET PARTNERSCHAFT

【 】 Die Wissenschaftler*innen gegen Genozid (SAGE) an der renommierten MIT-Universität in Boston haben erreicht, dass das MIT den MISTI-Israel Lockheed Martin Fund beendet hat. Zum ersten Mal ist damit eine Partnerschaft zwischen einem amerikanischen und einem israelischen Waffenhersteller an einer US-Universität seit Beginn des Gaza-Krieges beendet worden. Lockheed Martin hat seit dem 7. Oktober 2023 Hellfire-Raketen, Kampfflugzeuge und schwere Artillerie an Israel geliefert. Das MIT unterhält weiterhin direkte Verbindungen zur israelischen militärischen Versorgungskette. Deshalb will die MIT Coalition für Palestine weiterhin kämpfen und Widerstand leisten.

https://www.instagram.com/mit_caa/p/Czmur0SJg9I?img_index=1

US-AMERIKANISCHE MENSCHEN- RECHTSAKTIVISTIN IM WESTJORD- ANLAND GETÖTET



【 】 Die US-amerikanische Staatsbürgerin Aysenur Ezgi Eygi, die vor kurzem ihren Abschluss an der Universität von Washington gemacht hat, wurde in der palästinensischen Stadt Beitza von einem israelischen Scharfschützen in den Kopf geschossen, als sie an einer wöchentlichen Protestaktion gegen illegale israelische Siedlungen teilnahm. Nach Angaben von Augenzeugen wurde Aysenur etwa 30 Minuten, nachdem sich die Demonstranten bereits zerstreut hatten, erschossen. „Es war völlig ruhig hier ... Und dann, ganz plötzlich, zwei Schüsse“, erinnerte sich der israelische Aktivist Jonathan Pollak. Die jüdische US-amerikanische Organisation J Street forderte die US-Regierung auf, dafür zu sorgen, dass eine unabhängige Untersuchung dieser Tragödie unter der Leitung der USA durchgeführt wird und dass die Verantwortlichen in vollem Umfang zur Rechenschaft gezogen werden.

<https://jstreet.org/>

WICHTIGE DATENBANK

【 】 „Law for Palestine“ hat in Zusammenarbeit mit „Visualizing Palestine“ ein Datenportal eingerichtet, das gemeldete völkermörderische Aufstachelung gegen das palästinensische Volk durch israelische Regierungsbeamte, Militärangehörige und Personen des öffentlichen Lebens dokumentiert. Diese neue Plattform soll einen besseren Zugang zu diesen Aussagen ermöglichen.

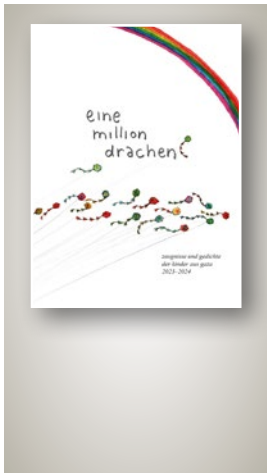
<https://intent.law4palestine.org/>

LOBBYARBEIT DER EUROPÄISCHEN KOORDINATION DER KOMITEES FÜR PALÄSTINA

【 】 Die Europäische Koordination der Komitees für Palästina (ECCP) führte in Brüssel mehr als 40 intensive Gespräche mit den europäischen Institutionen und stellte drei völkerrechtlich begründete Forderungen: Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, Beendigung der Beteiligung Israels am Forschungsprogramm Horizon Europe und Verhängung eines umfassenden Militärembargos gegen Israel.

<https://www.eccpalestine.org/>

MEDIENEMPFEHLUNGEN



BUCH // EIN KLEINOD

Ein Büchlein mit Gedichten und Zitaten von Kindern, mit zahlreichen Zeichnungen versehen, die die Wirkung dieser Gedichte noch unterstreichen. Die Gedichte entstanden ab Dezember 2023. Leila Boukarim, Kinderbuchautorin aus dem Libanon, sammelte, editierte und übersetzte die Texte, Antje Hosseinzadeh und Johannes Fehr übersetzten sie ins Deutsche. Asaf Luzon aus Jerusalem illustrierte die Gedichte mit einfühlsamen Zeichnungen. Durch diese Illustrationen wirken die Gedichte noch eindringlicher. Es ist eine von Kindern geschriebene Chronik, eine Chronik des Versagens der Menschen. Ein Kind von etwa neun Jahren in Gaza schreibt im Dezember 2023: „Die Kinder Palästinas sind

gestorben. / Es gibt keine Kinder mehr. / Alle Mädchen in meiner Klasse sind tot. / Sie sind alle tot. / Meine Verwandten sind alle tot. / Es ist niemand mehr übrig. / Es ist niemand mehr übrig. / Alle in meiner Klasse sind tot. / Ich bin die einzige Person, die übrig ist. / Ich wünschte, ich wäre auch im Himmel.“

Der gesamte Erlös dieses Buches wird an das „Palestine Humanitarian Relief“ für die Arbeit mit Kindern vor Ort in Gaza gespendet.

Mehr unter: www.amillionkites.com

URSULA MINDERMANN

Leila Boukarim: **Eine Million Drachen**, 100 Seiten, € 12,00



FILM // WIE KINDER INHAFTIERT WERDEN

Im Durchschnitt werden jede Nacht zwei palästinensische Kinder von der israelischen Armee verhaftet. Der Dokumentarfilm von David Wachsmann seziert die Verhaftung von Minderjährigen als Mittel zur Kontrolle und Unterdrückung der palästinensischen Gesellschaft: Jedes Jahr werden im gesamten Westjordanland über 700 palästinensische Minderjährige verhaftet. 95 Prozent der verhafteten Minderjährigen leben in einem Umkreis von einem Kilometer um eine Siedlung, und es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Inhaftierung der Minderjährigen und dem Schutz der Siedlungen durch die Israelische

Armee. Im Laufe des Films werden Schlüsselpersonen des Systems interviewt. Ein Soldat, der an den Verhaftungen beteiligt war, ein ehemaliger stellvertretender Abteilungsleiter der israelischen Sicherheitsbehörde, ein Menschenrechtsanwalt und ein ehemaliger Militärstaatsanwalt. Sie beleuchten die Methode und ihre Wirkungsweise und machen die persönliche Geschichte der vier Kinder zu einer viel umfassenderen Geschichte.

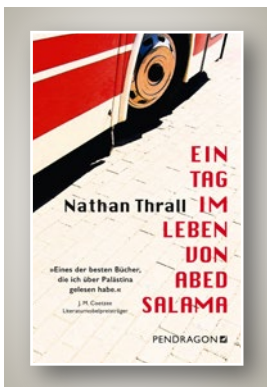
David Wachsmann, **Two Kids a Day**, Dokumentarfilm, Palästina/Israel, 2022, OmeU, 70 Minuten

FOTO-AUSSTELLUNG // RÄUME IN PALÄSTINA

Die Fotos der Ausstellung «Inhabited Spaces» wurden 2022 von jungen Fotokünstler*innen in den palästinensischen Gebieten der Westbank und Gaza im Rahmen eines Wettbewerbs der Dar Al Kalima Hochschule gemacht. Sie zeigen das alltägliche Leben vor dem 7. Oktober 2023, vor dem furchtbaren Massaker in Israel und dem anschließenden Krieg in Gaza. Beim Fotowettbewerb konnten sie ihre eigene Vorstellung von den sie umgebenden gesellschaftlichen Verhältnissen zum Ausdruck bringen. Einige Fotograf*innen wählten persönliche oder soziale Räume, andere wählten öffentliche Räume, in denen die Menschen das finden, was ihnen anderswo fehlt. Andere wählten Räume, die ihre kollektive Identität als Palästinenser*innen repräsentieren, und wieder andere haben sich dafür entschieden, Gegenwart und Vergangenheit ein und desselben Raumes in ihren Fotos darzustellen.

ANETTE KLASING

KONTAKT WEGEN AUSLEIHE: STIFTUNG@DIESCHWELLE.DE



BUCH // FAKTENBASIERT UND SPANNEND

Der Literaturnobelpreisträger J. M. Coetzee urteilte über dieses ungewöhnliche Buch: „Eines der besten Bücher, die ich über Palästina gelesen habe“. Dem kann man sich vorbehaltlos anschließen, zeigt es doch eine auf Tatsachen beruhende Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts verbunden mit einfühlsamen Lebensgeschichten. Ausgehend von der realen Tragödie eines verunglückten Schulbusses wird die brutale Lebenswirklichkeit der Menschen unter der einzigartigen völkerrechtswidrigen Besatzungsrealität schonungslos, detailliert, aber in bewegender

Weise erzählt. Der Autor hat neben einem umfangreichen auf die Kapitel bezogenem Quellenverzeichnis, auch ein auf die Seitenzahlen bezogenes Index angefügt, was das Verständnis des Textes weiter vertiefen kann. Das faktenbasierte spannende Buch wurde mit dem renommierten Pulitzer-Preis 2024 in der Kategorie „General Non-fiction“ ausgezeichnet.

DETLEF GRIESCHE

Nathan Thrall: **Ein Tag im Leben von Abed Salama**, Pendragon-Verlag, Bielefeld 2024, 363 Seiten, € 26,00

PALÄSTINA AUF INSTAGRAM

[] In den sozialen Medien wie z.B. Instagram werden Informationen aus und über Palästina schneller und ungefiltert übertragen und verbreitet. Mittlerweile sind viele Kanäle durchaus seriös und bieten gerade auch Informationen direkt aus Gaza. Der Fotograf Motaz Azaiza aus Gaza z.B. hat mittlerweile 17,7 Millionen Follower – und damit 500.000 mehr als der derzeitige US-amerikanische Präsident Biden. Viele NGOs und Medien nutzen Instagram ebenfalls zur Verbreitung ihrer Nachrichten.

Hier ist eine kleine Auswahl verschiedener informativer Instagram-Kanäle:

- Deutsch-Palästinensische Gesellschaft: **dpg_de**
- Journalist Tarek Bae: **tarek_bae**
- Let's talk Palestine (Mini-Enzyklopädie über Palästina): **letstalkpalestine**
- eye on Palestine (Nachrichten- Mediensseite): **eye.on.Palestine**
- Palästina Solidarität Österreich: **palaestinasolidaritaet.at**
- Haaretz (israelische Tageszeitung): **haaretzcom**
- Visualizing Palestine (NGO mit gut aufbereitetem Zahlenmaterial): **visualizing_palestine**
- Breaking the Silence (israel. NGO): **breakingthesilenceisrael**
- Jüdische Stimme für gerechten Frieden (deutsche NGO): **judischestimme**
- Jewish Voice for Peace (amerikanische NGO): **jewishvoiceforpeace**
- Motaz Azaiza (Fotograf aus Gaza): **motaz_azaiza**
- Gaza Press Club (NGO aus Gaza): **gazapressclub**
- Gaza Flotilla Coalition: **gazafreedomflotilla**
- Plestia Alaqad (Journalistin aus Gaza): **plestia.alaqad**
- Konrad-Adenauer-Stiftung Palästina (CDU-nahe Stiftung): **kas_palestine**
- Al-Haq (NGO aus Ramallah): **al_haq_organization**
- BDS: **bdsnationalcommittee**
- Hanno Hauenstein (Journalist): **hahauenstein**

Auf folgenden Seiten findet man Informationen zu Themen rund um Palästina:

- amnesty International: **amnesty**
- Human Rights Watch: **humanrightswatch**
- Vereinte Nationen: **un_ocha**
- UNRWA: **unrwa**
- Middle East Eye: **middleeasteye**
- Reporter ohne Grenzen: **reporterohnegrenzen**
- Al Jazeera: **aljazeera**



Durch liken und teilen von Posts werden die Personen, Organisationen und Medien gestärkt. Wir bitten also um Beachtung dieser Auswahl und weiterer User von Instagram. Die DPG weist auf diese Auswahl von Seiten hin, steht jedoch nicht hinter allen Aussagen und Posts.

URSULA MINDERMANN

BUCH //

[] Ein neues Buch von Michael Lüders, einem der scharfsinnigsten und kenntnisreichsten Analytiker des Nahost-Konflikts ist, um es vorweg zu nehmen, ein Muss für alle, die sich intensiver und differenzierter dem aktuellen Kriegsgeschehen in Gaza und dem Terror der „Siedler“ in der Westbank, den historischen Hintergründen und den möglichen Perspektiven befassen wollen. Lüders geht der Frage nach, ob die aktuell wieder vermehrt geforderte Zweistaatenlösung noch realistisch ist und wie es angesichts der Geschichte und der aktuellen Entwicklung Frieden im Nahen Osten überhaupt geben kann. Lüders thematisiert die hierzulande zum Tabuthema erklärten historischen Wurzeln des Geschehens vom 7. Oktober 2023 und die Folgen des vordemokratischen Dogmas, das die Sicherheit Israels deutsche „Staatsraison“ sei. Der öffentliche Diskurs in Deutschland gehe mit einer „Welle der Zensur und der Denkverbote“ einher, was „dem Denken und Handeln in einer

freiheitlichen Gesellschaft zuwiderläuft“. Bei der „Grundsatzfrage um einen dauerhaften Krieg oder Frieden „und die meist diskutierten möglichen Varianten einer Zweistaatenlösung oder einer wie immer ausgestalteten binationalen Lösung „stehen die Zeichen auf anhaltende und dauerhafte Gewalt“. Er entlässt seine Leser*innen aber mit der Gewissheit, da sich die Welt neu sortiert und „das trotz aller negativer Entwicklungen die „Geschichte in Wellenbewegungen verläuft“ sich „der Humanismus als letzte Verteidigungslinie auch unserer Zeit“ vor allem in Deutschland gegen die Welle staatlicher Einschränkungen verfassungsrechtlicher Grundrechte durchsetzt.

DETLEF GRIESCHKE

Michael Lüders: **Krieg ohne Ende? Warum wir für den Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen**, Goldmann-Verlag, München 2024, 400 Seiten, € 22,00



EIN JAHR GAZA-KRIEG (Okt. 2023 – Okt. 2024)

Todesopfer (nur direkte Todesopfer)

- 51.802 getötete Palästinenser*innen (Stand: 4.10.24), 41.802 vom Gesundheitsministerium gezählte Palästinenser*innen, 10.000, die unter den Trümmern begraben sind.
- 96.844 Verletzte
- 1.675 getötete Israelier
- 101 israelische Geiseln

Hunger

- 22 % der Bevölkerung (ca. 495.000 Menschen) sind von einer Hungersnot bedroht
- 3.000 unterernährte Kinder waren im Juni 2024 vom Tod bedroht.

Vertreibung

- 1,9 Millionen Zivilisten (ca. 90 % der Bevölkerung des Gazastreifens) wurden seit Beginn des Krieges mindestens einmal zwangsumgesiedelt

Bombardierung und Zerstörung

- 75.000+ Tonnen Bomben wurden auf Gaza abgeworfen (Stand: April 2024)
- Mehr als die Hälfte der Häuser in Gaza sind beschädigt oder zerstört
- 80 % der kommerziellen Einrichtungen, 85 % der Schulen und 65 % des Straßennetzes sind beschädigt
- 65 % der Anbauflächen sind zerstört, was die Nahrungsmittelversorgung stark beeinträchtigt.

Gesundheitswesen

- 986 Beschäftigte im Gesundheitswesen wurden getötet (Stand: 30. September 2024)
- Nur 13-17 von 36 Krankenhäusern sind Berichten zufolge teilweise funktionsfähig. Keines ist voll funktionsfähig.

Kinder

- Über 16.500 Kinder sind getötet.
- 21.000 Kinder sind vermisst, davon 17.000 unbegleitete und von ihren Familien getrennte Kinder, 4.000 vermisste unter den Trümmern
- 3.000 unterernährte Kinder waren im Juni 2024 vom Tod bedroht.
- Mehr als 10 Kinder pro Tag haben seit dem 7. Oktober im Durchschnitt ein oder beide Beine verloren (Stand: Jan. 2024)

Bildung

- ~90.000 immatrikulierte Universitätsstudenten verloren den Zugang zur Bildung
- Teilweise oder vollständige Zerstörung aller Universitäten in Gaza
- 93 % der 560 Schulen im Gazastreifen wurden entweder vollständig zerstört oder beschädigt (Stand: August 2024)

QUELLEN // ALJAZEERA, OCHAOPT, HAARETZ, UN, UNICEF, AMNESTY, UNRWA, AL MEZAN, SAVE THE CHILDREN

Okt. 2023 – Okt. 2024 IM WESTJORDANLAND

- **Tote:** Mindestens 719 getötete Palästinenser, darunter über 160 Kinder
- **Verletzte:** Mehr als 5.700 verletzte Palästinenser
- **Hauszerstörungen:** Seit Anfang 2024 haben die israelischen Behörden 1.330 Gebäude im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, abgerissen und dabei etwa 3.349 Menschen vertrieben
- **Landenteignung:** 23,7 Quadratkilometer palästinensisches Land wurden im Jahr 2024 beschlagnahmt, (entspricht 3300 Fußballfeldern) so viel wie seit über 20 Jahren nicht mehr
- **Siedlungen:** Über 700.000 jüdische Siedler leben in mehr als 300 illegalen Siedlungen im besetzten Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem

QUELLEN // ALJAZEERA, OCHAOPT, HAARETZ, UN, UNICEF, AMNESTY, UNRWA, AL MEZAN, SAVE THE CHILDREN



DER KONFLIKT AUF EINEN BLICK



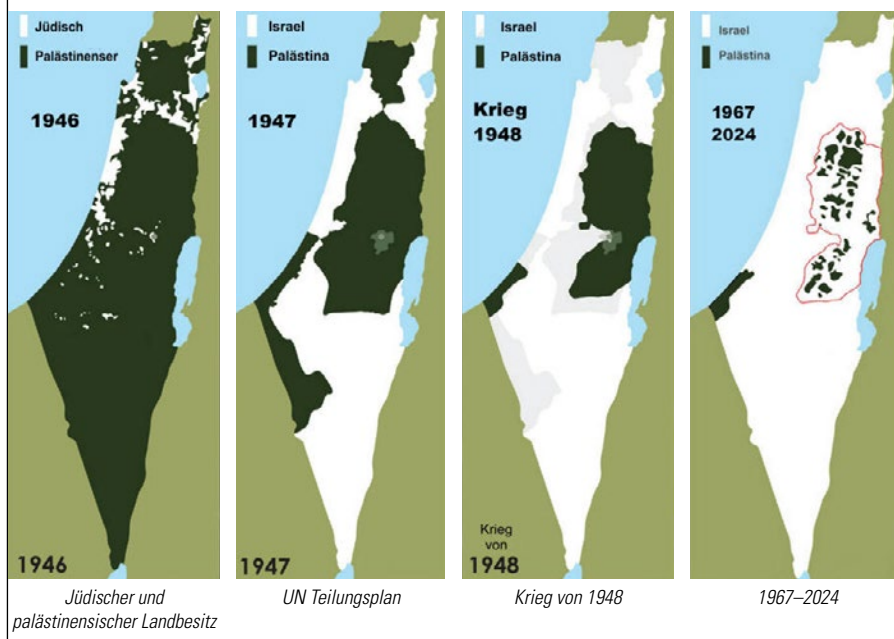
BUCH // EMPFEHLUNG

Muriel Asseburg: Palästina und die Palästinenser.

Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart

Verlag: C.H.Beck, München
5. Auflage, 2023
365 S., mit 21 Abbildungen und 10 Karten

DIE FORTSCHREITENDE ANNEXION PALÄSTINAS



Meine Freiheit!

Meine Freiheit!
Meine Freiheit!
 Eine Stimme, die ich im Zorn wiederhole
 Unter Kugeln und in Flammen
 Trotz Zwang folge ich ihr
 Trotz der Nacht schreite ich nach ihr
 Bleibe ich ihr treu solange in Wut
 Und kämpfe für meine Freiheit mit Mut
Meine Freiheit!
Meine Freiheit!
 Der heilige Fluss und seine Brücken hallen wider
Meine Freiheit!
 Und die Ufer rufen mit: meine Freiheit!
 Windböen und Zorn
 Donner, Hurrikan und Regen in meiner Heimat
 Wiederholen mit mir
Meine Freiheit! Meine Freiheit! Meine Freiheit!

Ihren Namen werde ich im Kampf eingravieren
 Am Boden in den Wänden, an den Haustüren
 Im Tempel der Jungfrau, im Mihrab, auf den Gassen der Bauernhöfe
 In jeder Höhe, Steigung und Straßenkurve
 Im Gefängnis, in einer Folterzelle und am Galgen
 Trotz Hauszerstörung, Ketten und Bränden
 Werde ich ihren Namen eingravieren bis ich sehe
 Dass er sich in meiner Heimat ausbreitet
 Und immer größer und größer wird
 Und immer größer und größer wird
 Bis er jeden Zentimeter Erde bedeckt
 Bis die rote Freiheit jede Tür öffnet
 Bis die Nacht verschwindet
 und das Licht erhellt den Nebel
Meine Freiheit!
Meine Freiheit!
 Der heilige Fluss und seine Brücken hallen wider
Meine Freiheit!
 Und die Ufer rufen mit: meine Freiheit!
 Windböen und Zorn
 Donner, Hurrikan und Regen in meiner Heimat
 Wiederholen mit mir
Meine Freiheit!
Meine Freiheit!

VON FADWA TUKAN
 (geboren 1917 in Nablus – 2003)

Übersetzung: Nazih Musharbash

Fadwa Tukan veröffentlichte acht Gedichtbände und erlangte Bekanntheit in der ganzen arabischen Welt. Ihre Werke sind in viele Sprachen übersetzt worden. In einem ihrer Bücher „Alone with Days“ beschäftigte sie sich mit den Nöten von Frauen in einer von Männern dominierten arabischen Welt. Ihr ältester Bruder Ahmad war Premierminister von Jordanien. Ihr Bruder Ibrahim war ebenfalls Dichter. Fadwa Tukan gilt als Mutter der modernen palästinensischen Dichtung.





WIR SIND DIE VERGANGENHEIT UND DIE ZUKUNFT // Gemischte Medien, 2024, 90x90

Mahdi Baraghithi, geboren 1991 in Ramallah, Palästina, ist ein bildender Künstler, der mit einer Reihe von Medien arbeitet, darunter Performance, Installation und Collage. Baraghithi erforscht und dekonstruiert die Darstellung von Männlichkeit und des männlichen Körpers in arabischen Gesellschaften in seinem eigenen Kontext in Palästina durch die Verwendung von Materialien wie gefundene Bilder und Readymade-Objekte. Er erhielt 2018 einen MFA von der Nationalen Hochschule für Kunst (ENSA) von Bourges, Frankreich, und einen BA in Zeitgenössische Bildende Kunst von der International Academy of Art Palestine in 2015. „Wir sind die Vergangenheit und die Zukunft“ ist während seiner sechsmonatigen Residenz im Schweizer Gästetatelier Krone in Aarau entstanden.

Mahdi Baraghithi zu seinem Werk: „Die Collage vereint Bilder von palästinensischen Opfern, die von der israelischen Armee entführt und misshandelt wurden, Bilder, die die Armee selbst in den sozialen Medien veröffentlichte. Dies ist kein Zufall, sondern eine gezielte Strategie, um Palästinenser zu demütigen, sich mit diesen brutalen Taten zu brüsten und die einheimische Bevölkerung in Angst und Panik zu versetzen. Jedem, der es wagt, seine Meinung zu äußern oder Widerstand zu leisten, widerfährt das gleiche tragische Schicksal, was die repressive und gewaltsame Vorgehensweise der israelischen Besatzung bei der Unterdrückung jeglicher Anzeichen von Widerstand oder Dissens deutlich macht.“